Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

247 (24.10.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible]TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand[illegible] / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvol[illegible] / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

[illegible]eis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Er[illegible] wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle [illegible]redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9 B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 247 — Karlsruhe, Montag, den 24. Oktober 1932 — 52. Jahrgang

Hitler, Reemtsma und Co.

In den Reihen der Nazis gibt es seit Wochen einen erbitterten Streit um den Zigarettenkonzern Reemtsma und man erfährt dabei, daß die Nazis **gegen Trusts und Konzerne absolut nichts** einzuwenden haben, daß sie auch **nichts gegen Juden einzuwenden** haben, sofern diese Zigarettentabakeinkäufer bei Großkonzernen sind. Es gibt da in Dresden eine Zigarettenfabrik, die die „Sturm"-Zigarette fabriziert. Diese Fabrik führt pro 1000 verkaufte Zigaretten 0.80 bis 1.— ℳ an die nationalsozialistische Kasse ab. Dafür hat die nationalsozialistische Partei, bis vor kurzem, lebhafte Propaganda für die Sturmzigarette, die neuerdings schlechter gehen soll, gemacht. Im „Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der Nazis, sind früher immer wieder schwere Beschuldigungen gegen den Reemtsmakonzern erhoben worden. Plötzlich hörten diese Beschuldigungen auf und in den Nazizeitungen erschienen **große und teure Inserate des Zigarettenkonzerns Reemtsma.**

Der Zunftgruppe, die gegen den Reemtsmakonzern kämpfte, blieb die Spucke weg, als in der Oeffentlichkeit erklärt wurde, daß kein anderer als der Naziführer Adolf Hitler hinsichtlich der Reklameinserate des Reemtsmakonzerns eine entsprechende Entscheidung gefällt hätte und „daß man darüber noch mehr sagen könnte". Der programmatische Verrat der Naziführer wollte den Zunftgrupplern nicht in den Kopf und so erklärten sie, das mit der Entscheidung des obersten Führers Hitler sei „Phantasie eines jüdischen Redakteurs". An dem Gerücht sei kein wahres Wort und wenn man wage, die Behauptung zu wiederholen, so „würde man mit schärfsten Mitteln gegen die Verbreiter vorgehen".

Die ganze Angelegenheit war aber soweit durchgesickert, daß man mit Drohungen nichts mehr ausrichten konnte. Also mußte sich schon die **Zentrale der Nationalsozialistischen Partei** bemühen, um möglichst viel Schaden unter den braunen Schäfchen zu verhüten. Die Nationalsozialistische Anzeigenzentrale München 2 NO. schrieb unter dem 12. September 1932 (Aktenzeichen Fi./Mü.) einen Brief, in dem es u. a. wie folgt heißt:

„Ihr an den Eherverlag gerichtetes Schreiben vom 2. September wurde uns zur Erledigung überwiesen. Wir machen Sie höflichst darauf aufmerksam, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Punkt 13 ihres Programms **nicht den Kampf gegen die Konzerne,** sondern die Verstaatlichung der Großbetriebe (Straßer hat das in seiner Berliner Rede auch schon widerrufen. Red.) fordert. Die Reemtsma-Zigarettenfabriken sind zum weitaus überwiegenden Teil im deutschen Familienbesitz. Der **Jude David Schnur** ist der Tabakeinkäufer der Firma. Es gibt keine Zigarettenfabrik, deren Einkäufer kein Jude oder sonstiger orientalischer Mischling ist. Vor Aufnahme der Reemtsmaanzeigen in die nationalsozialistische Presse wurde die Angelegenheit Reemtsma ein halbes Jahr lang von mehreren Instanzen geprüft; insbesondere von der Rechtsabteilung der Reichsleitung. Die **letzte Entscheidung fällte unser Führer Adolf Hitler** nach einer **persönlichen Aussprache mit Herrn Philipp Reemtsma.** Die Reemtsmaanzeigen sind **auf Befehl Adolf Hitlers** in die nationalsozialistische Presse aufzunehmen. Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen gedient zu haben und wir empfehlen uns Ihnen mit deutschem Gruß

Stempel. Nationalsozialistische Anzeigenzentrale.
E. Finkenzeller."

Das ist allerliebst. Wir sehen erst den großen Führer Adolf Hitler, Kämpfer mit Berserkerwut gegen Trusts und Konzerne, in traulicher Besprechung mit dem im „Völkischen Beobachter" so oft beschuldigten Konzerngewaltigen **Philipp Fürchtegott Reemtsma.** In dieser traulichen Besprechung, deren Verlauf man sich ungefähr denken kann, hat man dem großen Adolf, der sonst vom „wirtschaftlichen Denken" nichts hält, klar gemacht, daß der Zigarettentabakeinkäufer ein Jude oder asiatischer Mischling sein muß. Diese Darstellung ist ein ganz fürchterlicher jüdischer Dreh; denn es gibt recht viele und recht tüchtige Zigarettentabakeinkäufer, die an Hand ihres Stammbaums nachweisen können, weder Juden noch asiatische Mischlinge zu sein.

Dabei ist David Schnur kein kleiner Zigarettentabakeinkäufer, sondern er ist der Schöpfer des Reemtsmakonzerns, die Seele vom Buttergeschäft bei Reemtsma. Er hat die monopolartige Stellung des Reemtsmakonzerns erst geschaffen und finanziert und kontrolliert einen großen Teil der Tabakeinfuhren nach Deutschland. Im anderen Fall würden die Nazis sagen, so ein **rechter jüdischer Blutsauger.** Aber dem obersten Führer hat man bei Reemtsma ja klar gemacht, daß ein Zigarettentabakeinkäufer Jude oder asiatischer Mischling sein muß — und seitdem hat der oberste Führer der Nazipresse den Befehl gegeben, Reemtsmainserate aufzunehmen.

Um die Freiheit!

Gegen Feudalismus und Faschismus

Von S. Aufhäuser, M. d. R.

Die Nationalsozialisten befürchten, daß ihnen bei der Wahl das durch die kapitalistische Offensive Papens angelockte Kleinbürgertum wegschwimmen wird. Sie konzentrieren daher ihre mit geistigen Anleihen an eine sozialistische Gedankenwelt gespickte Wahlagitation auf die Arbeitnehmerschichten. Der Nazi-Feldzug unter den Arbeitern und Angestellten kommt einer **Mobilisation der politischen Dummheit** gleich. Wenn Proletarier den Rattenfängermelodien Goebbels folgen sollten, so müßten sie schon zu den **geistig Enterbten** gehören. Es soll in Vergessenheit geraten, daß das herrschende Reichskabinett auf dem Rücken der irregeleiteten Nazi-Wähler zur Staatsmacht emporgeklettert war und es wird verschwiegen, daß nach dem 6. November bei der Reaktion die Hoffnung besteht, mit der durch die Wahl gezähmten Hitlerpartei die längst ersehnte **Einheitsfront Papen—Schleicher—Hitler—Hugenberg** herzustellen. Schon jetzt orakelt die „Deutsche Allgemeine Zeitung":

„So kann es nur noch einige Wochen weiter gehen. Alle Beteiligten werden froh sein, wenn Leipzig vorbei ist und das ganze Volk wird ebenso aufatmen, wenn der Wahltag vorüber ist. Dann aber darf keine Minute mehr gezögert werden mit der Schaffung einer breiten Vertrauensbasis für die Reichspolitik, die durch die Parlamentswahl vorbereitet werden muß."

Das Scheingefecht, das der Faschismus augenblicklich gegen den Feudalismus vorspielt, darf die breiten Massen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der geschichtliche Sinn dieser Reichstagswahl ein tieferer sein muß. Die streitenden Brüder sind einig im Willen zur Vernichtung des „Marxismus", d. h. der Entmachtung und Entrechtung des schaffenden Volkes. Dieses Ringen der Massen aber ist mit dieser Wahl in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die Zuspitzung äußert sich, soweit es sich um die wirtschaftliche Lage der Werktätigen handelt, in den Septemberverordnungen der Reichsregierung und soweit es um die politischen Volksrechte geht, in der Kampfansage Papens an die Demokratie. Die der September-Verordnung gegebene Ueberschrift: „Belebung der Wirtschaft" ändert nichts an der Tatsache, daß **der Kanzler** die Absicht hat, **mit Steuergeschenken an den Besitz und Lohntributen der Arbeiter und Angestellten, also mit einer verzweifelten kapitalistischen Offensive die privaten Betriebe auf Kosten der Massen zu retten.** Mit ausgesprochen staatswirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen soll die „freie Wirtschaft" erhalten werden. Das gewagte **Experiment hat bisher völlig versagt.** Die gewollte **Ankurbelung** der Wirtschaft müßte schon allein an der Wirkung der von den ostelbischen Junkern diktierten **Handelspolitik** einer verhängnisvollen Einfuhrbeschränkung scheitern. **Die in höchste Gefahr gebrachte Ausfuhrindustrie aber hat bisher immer noch rund 3 Millionen Menschen beschäftigt. Läßt es die Wählerschaft zu, daß die drohende wirtschaftliche Blockade Deutschlands Wirklichkeit wird, dann ist auch hier das Steigen der Erwerbslosigkeit unausbleiblich.**

Wirtschaftlich und außenpolitisch hat der neue Herren-Kurs im Reich Deutschland wiederum in die Gefahrenzone einer Isolierung von der Welt gerückt. Innerpolitisch und sozialpolitisch feiert das industrielle und agrarische Scharfmachertum Triumphe. Die Arbeiter und Angestellten sollen materiell auf die Hungerlinie herabgedrückt werden und die Waffe ihres kollektiven Arbeitsrechts soll ihnen mit Art. 48 aus den Händen gewunden werden. Dieses Geschenk der Arbeiter und Angestellten an ihre Unternehmer wird ergänzt durch Einstellungsprämien des Reiches.

Es geht aber nicht nur um den Lohn, sondern ebenso sehr um **die Grundrechte der deutschen Arbeiterklasse.** Der Eingriff in das Tarifrecht und in die Unabdingbarkeit sind mit den demokratischen Grundbegriffen der Verfassung, wie sie im Art. 165 festgelegt waren, nicht mehr in Einklang zu bringen. Neuerdings ist die Reichsregierung darüber hinaus in Erwägungen eingetreten, für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe den Entlassungsschutz des Betriebsrätegesetzes abzubauen.

Die Sozialrentner und Erwerbslosen waren bereits durch die Juninotverordnung um **500 Millionen Mark** wohl erworbener Unterstützungsansprüche gebracht worden. Was bedeutet es demgegenüber, wenn in diesen Tagen als **Morgengabe zur Reichstagswahl** soziale Erleichterungen angekündigt werden, die bei voller Auswirkung 60 Millionen Mark betragen könnten.

Die Wähler haben es in der Hand, das Reichsparlament, dessen bisherige Mehrheit aus Nationalsozialisten und Kommunisten die große historische Schuld am Erstarken der Sozialreaktion trägt, wiederum aktionsfähig zur sozialen Hilfeleistung zu gestalten. Darüber hinaus aber muß der Aufmarsch zur Reichstagswahl jene breite Front aller antikapitalistischen Kräfte bringen, die bereit sind, unter sozialistischer Führung kapitalistisches Chaos und Massenelend abzulösen durch sinnvolle Plan- und Bedarfswirtschaft.

Die Opfer eines versagenden kapitalistischen Wirtschaftssystems sollen nunmehr des Restes ihrer politischen Freiheit entäußert werden. Das ist der Sinn jenes breit angelegten **Angriffs auf die Weimarer Verfassung,** der in der Münchener Kanzler-Rede eingeleitet ist. Die kommende Verfassung, die Volksrechte durch Herrentum ersetzen will, soll nach den bisherigen Erklärungen auch ohne den Reichstag durchgeführt werden. Die Regierung hat, wie sie sagt, **„dazu den Willen und die Macht".** So steht **das deutsche Volk im zähen Ringen um wirtschaftliche und politische Freiheit.** Zurück zur konservativen Freiheit mit dem Galgen daneben und zur kapitalistischen Verelendung oder **vorwärts zur Volksherrschaft und zum Sozialismus,** das ist die Frage. Die Antwort auf die Münchener Rede des Reichskanzlers haben die Wähler am 6. November zu geben. Schafft an diesem Schicksalstag den echten deutschen Rechts- und Wohlfahrtsstaat:

Habt dazu den Willen und Ihr habt die Macht!

Wählt Liste 2!

Breitscheid in Düsseldorf

CNB. **Düsseldorf,** 23. Okt. In einer Wahlkundgebung der Eisernen Front in der Tonhalle erklärte Reichstagsabgeordneter Dr. **Breitscheid, für die Sozialdemokratie gebe es keine Möglichkeit, die Verfassung und die Demokratie in einer gemeinsamen Front mit den nationalsozialistischen Anhängern der Diktatur zu verteidigen oder wieder herzustellen.** Ebenso sei der von Gregor Straßer geäußerte **Gedanke einer Gewerkschaftsfront** für die SPD. eine **glatte Unmöglichkeit.** Ein Versuch, die Freien Gewerkschaften von der SPD. zu lösen, werde nie gelingen.

Dienstag Verkündungstermin im Staatsgerichtshof

WTB. Leipzig, 22. Okt. Vom Hauptbüro des Reichsgerichtes wird amtlich mitgeteilt: In den Klagesachen zwischen Preußen, Bayern, sowie Baden und dem Reich ist Termin zur Verkündung der Entscheidung auf Dienstag, den 25. Oktober, um 12 Uhr mittags anberaumt. Die Sitzung findet wiederum im Hauptsaale des Reichsgerichtes statt.

Graf Posadowsky-Wehner gestorben

WTB. Naumburg, 23. Okt. Graf Posadowsky-Wehner ist heute hier im 88. Lebensjahr gestorben.

Der im 88. Lebensjahr hier verstorbene Graf Posadowsky-Wehner war 1893—1897 Staatssekretär des Reichsschatzamtes und darauf bis 1907 Staatssekretär des Reichsamts des Innern und zugleich Stellvertreter des Reichskanzlers. Von 1912—1918 gehörte Graf Posadowsky dem Reichstag an und nahm an der gesetzgebenden Nationalversammlung 1919—1920 als Mitglied der deutschnationalen Fraktion teil.

Zuchthausstrafen für Hamburger Kommunisten

WTB. Hamburg, 22. Okt. Das Schwurgericht verurteilte mehrere Kommunisten wegen der schweren politischen Zusammenstöße am Abend des Tages der Reichspräsidentenwahl, bei denen zwei Nationalsozialisten getötet worden waren. Der Hauptangeklagte Fricke erhielt wegen vollendeten Totschlags neun Jahre Zuchthaus. Gegen zwei weitere Angeklagte wurde auf fünf und zweieinhalb Jahre Zuchthaus erkannt. Die übrigen Strafen bewegen sich zwischen drei Monaten und drei Jahren Gefängnis.

Herriot-Rede in Lens

WTB. **Paris,** 23. Okt. In einer später hier eingetroffenen Havasmeldung wird über den Schluß der Rede, die Herriot heute in **Lens** gehalten hat, berichtet. Herriot erklärte: Man wisse nicht, daß es etwas geradezu unsterbliches sei, was durch den Wiederaufbau französische Bauern und Arbeiter geleistet hätten. Nur könne man von einem Volke nicht verlangen, daß es in Ewigkeit heldenhaft sei, denn dabei verliere ein Volk seine beste Substanz. Alles in dieser vom Kriege heimgesuchten Gegend erinnere daran, **für die Aussöhnung** der Völker zu arbeiten, alles hier in dieser Gegend lasse die Größe, den Adel und die Nützlichkeit des Friedens hervortreten. Der **Friede** beruhe nicht auf Worten. Nicht die seien die größten Pazifisten, die ihren Friedenswunsch am lautesten beteuern. Bevor man den Frieden bei den anderen verwirkliche, müsse man ihn erst einmal im **eigenen Lande** herstellen. Herriot erinnerte an seine Bemühungen um das **Genfer Protokoll im Jahre 1924** und fuhr fort, wenn man damals auf ihn gehört hätte, würden die Ereignisse der Zwischenzeit vielleicht einen anderen Verlauf genommen haben. Die **75 000 Deutschen,** die auf dem Friedhof in Lens ruhten und deren Gräber Frankreich mit Achtung pflege, seien in ihrer ungeheuren Mehrheit Männer gewesen, die zweifelsohne **auch im Frieden** arbeiten zu können wünschten. Frankreich möchte, daß ihm alle Völker folgen, wenn es wie er, Herriot 1924, das Ende des mörderischen Hasses verlange. Das Werk von 1924 habe Frankreich in Genf und Lausanne fortgesetzt. Frankreich wisse edelmütig zu sein, wenn es sich nur um materielle Interessen handele; es wolle dieses Werk fortsetzen und deshalb stehe es im Begriff einen Plan vorzuschlagen, der die **Abrüstung mit der Sicherheit** und dem **Verzicht auf die Rüstungen** mit den wachsenden Kräften des Rechtes verbinde.

Praktische kommunale Arbeitsbeschaffung

Die Pressestelle des Deutschen Städtetages teilt mit, daß der engere Vorstand des Deutschen Städtetages sich soeben nach eingehender praktischer Vorbereitung abschließend mit der Frage eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt hat. Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist für den Städtetag, daß die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt wird, der alle Experimente auf währungspolitischem Gebiete vermeidet. Die Hergabe von ungedeckten zinslosen Krediten größten Ausmaßes, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden ist, kann deshalb nicht in Frage kommen. Es wäre auch mit den Regeln einer gesunden Finanzwirtschaft unvereinbar, die laufenden, durch die Erwerbslosigkeit entstandenen Lasten durch eine Kreditausweitung scheinbar zu beseitigen und damit die wirkliche Lage nur zu verschleiern, anstatt sie gründlich zu bereinigen. Der Städtetag hat der Reichsregierung gegenüber seine bereits früher erhobene Forderung wiederholt, daß für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsfürsorge im Rahmen des Regierungsprogramms Steuergutscheine zur Verfügung gestellt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Das Erwachen

Flucht aus dem Hitler-Lager!

Die **Flucht aus der Nazipartei** wird täglich größer und bedroht die Braunen Häuser sowie ihren Führer mit einer Katastrophe.

Am Samstag hat in **Bremen** der **Nazipräsident** der Bürgerschaft, Rechtsanwalt Dr. **Backhaus**, sein Amt niedergelegt und ist gleichzeitig aus der Hitlerpartei ausgetreten. Backhaus war eine große Leuchte des Dritten Reiches. Er gehörte zum Vertrauenskreis des Oberosaf, dem Backhaus in einem langen Brief die Gründe seines Austritts auseinandergesetzt hat. Diese Gründe sind rein **politischer** Art und der Fall Backhaus selbst ist typisch für die Stimmung unter den bisherigen bürgerlichen Naziwählern, soweit sie materiell nicht proletarisiert sind. Kein Wunder und kein Zufall, wenn sich deshalb Gregor Straßer dieser Tage in öffentlichen Erklärungen beeilt hat, das **Privateigentum anzuerkennen** und die Hitlerpartei als festes Bollwerk des kapitalistischen Systems anzupreisen.

Dieser **Gregor Strasser** galt bisher als der „Revolutionär und Sozialist" des Braunen Palestes und als der große Gegenspieler des „Bürgers Hitler". Straßer, das war für die SA. und alle Naziproleten der „Lehrmeister und Praktiker der deutschen Revolution und des deutschen Sozialismus". Wenn er sich jetzt beeilt, seine früheren Manuskripte und sein „sozialistisches" Wirtschaftsprogramm buchstäblich zu verbrennen, einzustampfen und zum alten Eisen zu werfen, so illustriert dieser plötzliche Wandel sehr deutlich den Schwindel des Hitlersozialismus. Es beweist aber auch, woher der Wind weht. Die bürgerlichen Elemente in der Hitlerpartei beginnen abzuschwenken, die Kassenschränke der Schwerindustrie und der Großagrarier wollen sich nur noch sehr schwer für die Propagandafonds der Braunen Häuser öffnen. Es ist Ebbe geworden in den Nazikassen. Der **Judas** der arbeitenden Klassen hat für die Junker und Schlotbarone seine Schuldigkeit getan. Um zu retten was zu retten ist, läßt er jetzt den „feinen Leuten" zuliebe den „sozialistischen" Ballast abwerfen. Aus ist es mit der „nationalen Revolution", die in Wahrheit nie etwas anderes gewesen ist für die Hitler, Goebbels, Straßer und Konsorten als billige Agitationsphrase und Wahlbumbug.

Allerdings ein sehr zugkräftiger. Denn zu groß und furchtbar sind die Leiden, die dieses verfaulende kapitalistische System den Millionen der hungernden und darbenden Massen des Volkes auferlegt. So groß und furchtbar, daß wohl die Komödianten und Betrüger in den Braunen Häusern, die Nutznießer des Volkselendes und des Hungers bedenkenlos zum Kapital abschwenken und ihre Schwüre abschwören mögen; nicht aber die Darbenden und Leidenden.

Die Folge ist, daß ebenso wie die bürgerlichen erst recht die proletarischen Hitlerwähler die Flucht aus dem Nazilager antreten. Seit dem Koalitions-Kuhhandel mit der „schwarzen Pest" schwelt der Aufruhr in der SA. und läßt sich nicht beschwichtigen. Reihenweise sind ganze Stürme ausgeschlossen worden. aber bedeutend größer ist die Zahl jener, die freiwillig das Lager verlassen. Am deutlichsten zeigt sich dieser Hitlerschwund bei der gegenwärtigen Versammlungstour des Häuptlings. Er selbst hat allen Glauben an einen Sieg verloren, aus seinen Fanfaren sind schwächliche Schamaden geworden und der große Führer und Erretter Deutschlands erklärt: „Wenn es Gottes Wille ist, daß wir siegen, so siegen wir; wenn es sein Wille ist, daß wir noch zehn Jahre warten müssen, so warten wir." Die Massen strömen nicht mehr zu Hauf und wo „der Gottgesandte" noch vor dem 31. Juli bis zu fünfundzwanzig Mark Eintrittsgeld für seine Versammlungen erheben konnte, da begnügt er sich heute mit 30 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig.

In Ostpreußen, der bisherigen Hochburg der Nazi-Illusion, sind die Versammlungen mehr als bescheiden. Zwar nehmen die Naziblätter den Mund ebenso voll wie früher, wenn aber das Münchener Hitlerblatt 25 000 Besucher verkündet, so sagt das ostpreußische Naziorgan 9000 und die Wahrheit liegt bei 5000.

Das große Erwachen Deutschlands von dem Nazitaumel hat begonnen. Auch die Beamten und Bauern bilden keine Ausnahme. Die kurze Zeit einer Näziherrschaft in Thüringen, in Koburg, in Mecklenburg oder Oldenburg, hat die vollkommene Unfähigkeit der Nazibonzen und Naziminister gezeigt. Unter dem Naziregime ist es nicht besser, sondern schlimmer geworden. Das Parteibuch ist Trumpf und ersetzt jegliche Voraussetzungen für ein Amt. In Mecklenburg hat sich einer der Naziminister vorsorglich zum Oberregierungsrat ernannt, erfahrene, tüchtige und selbst rechtsgesinnte Beamten müssen weichen und werden pensioniert, sobald das Braune Haus einen Anwärter zu versorgen wünscht.

Was sich in Ostpreußen am kläglichen Versammlungsbesuch ankündigt, hat bereits in Thüringen beredten Ausdruck gefunden. Dort hat dieser Tage der agrarpolitische Nazileiter Dr. Ennker die Flucht ergriffen angesichts des Nazibetrugs an den kleinen Bauern. Kein Versprechen ist von der thüringischen Naziregierung gehalten worden und nach all den traurigen Erfahrungen hat jetzt dieser Dr. Ennker einen offenen Brief an die thüringischen Bauern geschrieben, in dem er sie warnt, noch einmal ihre Stimme Herrn Hitler und der Nazipartei zu geben: „Ich warne Euch vor der Partei, die so viele große Worte macht und so wenig hält. Sie ruft auch jetzt wieder auf, Hitler als Retter des Bauernstandes zu wählen. Glaubt Ihr noch daran, nachdem Ihr von dieser Seite so benarrt worden seid?"

Das ruft der bisherige Führer des Nazilandvolks von Thüringen zu den Bauern. Benarrt und genarrt haben die Braunen Häuser alle! Aus den „deutschen Revolutionären" und Hitlersozialisten ist nichts übriggeblieben als Lakaien und Schleppenträger entthronter Fürsten und Prinzessinnen; Knechte, die den Baronen in die Regierung geholfen haben; Verräter an der Arbeiterklasse, Postenjäger, die am Hunger des Volkes satt und fett geworden sind.

„Einheitsfront"

Genosse Max Westphal, Mitglied des Parteivorstandes, schreibt im „Vorwärts":

In den Diskussionen dieser Tage spielt eine große Rolle die Frage: Weshalb ist die Macht der sozialistischen Arbeiterschaft in Deutschland so zurückgegangen? Die Kommunisten behaupten, die sozialdemokratische Politik sei die Ursache für den Machtverlust. Wie liegen die Dinge in Wahrheit?

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erhielten Sozialdemokratie und KPD. zusammen rund 13 302 000 Stimmen, die Nationalsozialisten rund 13 733 000 Stimmen. Die „Marxisten" sind also fast ebenso stark wie die Nationalsozialisten, mit deren Anwachsen der Umschwung in Deutschland vor sich ging und auf deren „breiten Rücken" schließlich die „Herren-Regierung" ans Ruder kam. Warum ist der Einfluß der Nationalsozialisten um so viel größer als der der „Marxisten?" Die Nationalsozialisten sind eine Partei, die „Marxisten" aber zwei, und für die Kommunisten sind die Sozialdemokraten die Hauptfeinde!

Das deutsche Bürgertum war schwach, solange es in viele Parteien zersplittert war. Solange genügte die Kraft der Sozialdemokratie allein, ihm — unter Ausnutzung der Interessengegensätze im Bürgertum — selbst jene Konzessionen an das arbeitende Volk abzuringen, die jetzt sogar die „Rote Fahne" als „soziale Errungenschaften" anerkennt. Das Bürgertum hat die Arbeiterklasse zurückgedrängt in demselben Maße, wie es sich in der Nazipartei sammelte und sich der Bruderkampf in der Arbeiterklasse verschärfte.

Hätten wir die Sammlung im bürgerlichen Lager etwa durch eine „radikalere" Politik verhindern können? Wenn das der Fall wäre, warum haben dann die Kommunisten es nicht geschafft? Die Sammlung erfolgte im Zeichen des Nationalismus! Der Nationalismus liegt dem Bürgertum immer noch stark im Blute. Die Probleme der deutschen Außenpolitik, in ihrer Eigenart in erster Linie bestimmt durch den vom Kaiserreich verlorenen Krieg, haben es ermöglicht, die sozialrevolutionären Wirkungen der Wirtschaftskrise im Bürgertum in die nationalsozialistische Linie zu drängen und den Verbindungsprozeß zwischen Arbeiterschaft und proletarisiertem Bürgertum zu durchkreuzen. Mit dem wilden Nationalismus konnten und durften wir nicht konkurieren. Die Kommunisten versuchten es: Nur Sowjetdeutschland, erklärten sie, werde den Friedensvertrag zerreißen! Und der Erfolg? Der Nationalismus sieht sich im Kommunismus bestätigt!

Aber wäre nicht durch eine „radikalere" Politik die Sammlung der Arbeiterklasse ermöglicht worden? Unsere Aufgabe ist: die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland. Wir können sie nur lösen auf demokratischem Wege. Dürfen wir uns im Interesse der Einheit für einen falschen Weg entscheiden? Wir hätten — vielleicht — die Einheit gewonnen, aber den Sozialismus verloren! Einheit auf dem Boden der Demokratie — eine andere Lösung ist unmöglich.

Die Gründung der kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern erfolgte 1919/20 unter dem Druck der russischen Kommunisten. Sie erfolgte nicht, weil das Unternehmen der Bolschewiki etwa Nachahmung verdiente, sondern weil es in Gefahr war zu scheitern und Lenin und Trotzki allein Rettung von einer sofortigen Weltrevolution erhofften. Im Interesse des russischen Vorgehens sollte die Arbeiterschaft der anderen Länder, trotz der dort ganz anders gelagerte Verhältnisse in gleiche Experimente hineingejagt werden. Wo das geschah, wie z. B. in Ungarn, trug die Reaktion den sofortigen Sieg davon.

Die Weltrevolution kam nicht, weil sie unmöglich war. Die Bolschewisten schafften sich selbst durch Einführung der „Nep" Erleichterung. Aber die kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern blieben bestehen. Eingeschworen auf das russische Experiment, vollkommen unterworfen den Anweisungen aus Moskau, gab es für sie keinen Kampf für den Sozialismus gemäß den Bedingungen des einzelnen Landes mehr, — sondern nur noch das Moskauer Schema. Nach Rußlands Interessen wurde die Taktik der KPD. bestimmt. Hielt man dort eine revolutionäre Situation für gegeben, dann wurden die deutschen Arbeiter in Aufstände und Putsche hineingehetzt. Gegen solche Verbrechen opponierende Führer wurden — wie Paul Levi — von Moskau abgesetzt, oppositionelle Mitglieder scharenweise ausgeschlossen. Wie oft hat die Führung der KPD. gewechselt? Wo blieben Thalheimer, Brandle, Ruth Fischer usw.? Alle wurden nacheinander beseitigt. Alle wurden sie abgesetzt wegen „schwerer Fehler in der revolutionären Führung", so daß die Zahl der abgesetzten Parteizentralen der KPD. selbst für den Kommunisten einer der besten Beweise sein müßte, für die fortgesetzte fehlerhafte Politik der KPD.

Kommunistische Revolution in Deutschland? — kein vernünftiger Mensch hält sie für möglich. Sie ist der Bürgerschreck, mehr nicht. Kommunistische Weltrevolution? — ein völlig absurder Gedanke. Wie stark ist der Kommunismus in Frankreich, in England, in Amerika, in den nordischen Ländern, z. B. in Schweden? Er bedeutet dort nichts! Bolschewistische Experimente in Europa sind Hirngespinste. Sie hindern die Einigung der Arbeiterschaft der europäischen Länder beim Kampf zur Ausnutzung der Demokratie als Weg zum Sozialismus.

Der Streit um die Demokratie hat die Arbeiterklasse zersplittert und so die volle Ausnutzung der Demokratie für den sozialistischen Umbau gehindert. Was eine einige sozialistische Bewegung auf dem Wege der Demokratie hätte schaffen können, das erkennt wohl jeder denkende Mensch heute am Beispiel, das das Bürgertum uns gibt. Die Sammlung des Bürgertums machte die demokratische Verfassung zur Waffe ihrer Feinde. Dagegen die Spaltung der Arbeiterklasse machte diese Waffe für den Sozialismus immer stumpfer.

Die Kommunisten haben die Chance der Demokratie der Reaktion überlassen. Wir müssen sie wiedergewinnen! Eine einige Arbeiterklasse kann das jederzeit. Eine einige deutsche Arbeiterklasse, kämpfend auf dem Boden der Demokratie, — und die Entwicklung seit 1918 wäre nicht bei Papen geendet —, sondern die sozialistische Republik Deutschland wäre ihrer Vollendung viel, viel näher als Rußland dem Sozialismus nahe ist!

Der Arbeiter spricht!

Wählen, wählen, wieder wählen,
Weiter hungern, weiter quälen,
Worte, Worte, keine Taten,
Braune Pest, braune Soldaten,
Mord und Totschlag Tag für Tag,
Dulde, wer das dulden mag!
Arbeit wollen wir, Arbeit und Brot!
Fort mit dem Elend, fort mit der Not!
Fort mit Schleicher, mit Papen, mit Gayl!
Fort mit dem blöden Hitler-Heil!
Fort mit der ewigen Plackerei!
Machs so wie ich: Wähl Liste zwei!

Sozialdemokraten!

Die gut geschützte Verfassung

Das Verfahren gegen Dr. Best, den Verfasser der Botheimer Dokumente, wurde eingestellt.

Reichsgericht: „Ich werde den Hochverrat nicht über diese Schwelle lassen".

Heftiges Gekicher von hinten: „Ist auch gar nicht nötig, kommen so rein!"

„Macdonald hat das Wort!"

In einem Artikel unter der obenstehenden Ueberschrift in unserm Straßburger Parteiblatt „Freie Presse" lesen wir Befürchtungen, die, soweit sie die momentane angebliche völlige Ohnmacht der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung behandeln, übertrieben schwarzseherisch gehalten sind, aber um deswillen Interesse beanspruchen, weil aus ihnen ersichtlich ist, wie die Sozialisten im stammverwandten Elsaß die Dinge in Deutschland ansehen. Wir zitieren:

„Wer soll den Papen und Schleicher entgegentreten? Die Hitlerianer! Das ist ja dasselbe in Grün! Die wollen ja genau dasselbe. Das Zentrum etwa! Oh Schwachheit steh uns bei. Bleibt die deutsche **Arbeiterklasse!** Doch die hat ja die **Moskowiter** im Genick sitzen und kann sich nicht regen und nicht rühren! Das würde den Januschauern so passen, wenn die sozialdemokratischen Führer ihre Elitetruppen vor die Mündungen der Maschinengewehre der Reichswehr treiben würden. Was da noch übrig bliebe, das würde von **moskowitischen Hyänen** des Schlachtfeldes den Garaus bekommen. Nein, mit **Gewalt** kann die deutsche Arbeiterklasse heute nichts gegen die Schleicherei unternehmen. Dazu ist es zu spät! Das gäbe eine **Metzelei**, gegen die die **Pariser Kommune** das **reinste Kinderspiel** gewesen wäre.

Auch mit der wirtschaftlichen Kraft der Arbeiterklasse ist heute nichts anzufangen. Das ging beim Kapp-Putsche. Damals spielte jedoch das **Moskowitertum** in der deutschen Arbeiterbewegung eine nur **untergeordnete** Rolle. Damals aber war auch die gesamte wirtschaftliche Lage eine andere. Damals konnten die Arbeiter in den Betrieben streiken. Damals konnten die Beamten die Arme kreuzen. Dies letztere ist heute völlig ausgeschlossen. Den sechs Millionen Arbeitern in den Betrieben aber stehen heute fünf Millionen Arbeitslose gegenüber. Ein Gewerkschaftsführer, der unter solchen Umständen die Mitglieder seines Syndikats in den Streik führte, der verdiente an die Wand gestellt und mit Jauche begossen zu werden.

Ein **politischer Streik** beim heutigen Stande von Politik und Wirtschaft, bei der heutigen Verhetzung durch die **Hitlerianer und Kommunisten**, das wäre bei dem Massenheere der Arbeitslosen nichts anderes als **Selbstmord** der Gewerkschaften. Das wäre das Ende der deutschen Arbeiterbewegung. Vom deutschen Volke ist also nichts zu erwarten! Auch die Internationale muß bei diesem Stande der Dinge versagen.

Bleibt also nur noch die andere der Mächte, den Untergang Europas aufzuhalten! Diese andere Macht befindet sich nicht auf dem europäischen Festlande. Sie befindet sich in **London** und in **Washington**. Die Engländer mögen sich drehen wie sie wollen: Sie müssen ihre zweifelhafte Rolle, trotz Jahrhunderte alter Tradition, aufgeben, endgültig aufgeben. Mit der Politik des Gleichgewichts, mit dem Tanzen einmal links, einmal nach rechts, ist es aus. Schon einmal hat diese Politik England an den Abgrund geführt. Wenig hätte gefehlt, und Wilhelm II. hätte gesiegt. Dann aber wäre es mit der Weltstellung Englands aus gewesen. Hätte Lord **Grey** am 2. August 1914 dem langen Bethmann sagen lassen: **„England marschiert auf alle Fälle!" Der Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen.** Wenn aber Macdonald nicht endlich seine Zaudervolitik aufgibt, wenn er den Deutschen nicht mit brutaler Offenheit erklärt: **„Wir dulden eure Aufrüstung nicht! Wir dulden weder einen Angriff auf Polen, noch einen solchen auf Frankreich! Weder heute noch morgen!"** Und wenn nicht die nordamerikanische Republik sich hinter Macdonald stellt, dann kommt die Aufrüstung Deutschlands und mit ihr mit Naturnotwendigkeit der neue Krieg, der Anfang vom Ende Europas. So liegen die Dinge, nicht anders! Und alles Geschwafel auf allen Konferenzen ändert daran nicht ein Jota! Macdonald! Es gibt keine Wahl! Hic Rhodus! Hic Salta!"

Mussolini gegen Aufrüstung

WTB. **Turin**, 23. Okt. Vom Balkon des Regierungspalastes aus hielt Mussolini eine Rede, in der er sich vor allem mit außenpolitischen Problemen beschäftigte. Bei Behandlung der Abrüstungsfrage wandet sich Mussolini dagegen, daß die von Italien in der Abrüstungskonferenz vorgebrachten konkreten Vorschläge irgendwelchen machiavelistischen Berechnungen entsprungen seien. Die deutsche Forderung nach **Gleichberechtigung** in der Rüstungsfrage sei juristisch vollkommen berechtigt. Indessen könne Deutschland, solange die Abrüstungskonferenz dauere, in **keiner Weise** irgendeine **Wiederaufrüstung** verlangen. Wenn aber die Abrüstungskonferenz zu Ende gehe und ein negatives Ergebnis gehabt habe, so werde Deutschland nicht im Völkerbund bleiben können, falls nicht diese Unstimmigkeit aufgehoben werde. **Italien** werde weiter **im Völkerbund** bleiben. Den außenpolitischen Teil seiner Rede schloß Mussolini mit den Worten ab: Wir wünschen **keine Hegemonie** in Europa, wir werden gegen die Anerkennung von Hegemonien jeglicher Art sein, insbesondere aber dann, wenn eine Hegemonie einer Position von offenkundiger Ungerechtigkeit verewigen soll.

Verordnung gegen Auto- und Fahrraddiebstahl

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern vom 20. Oktober 1932:

Wer ein **Kraftfahrzeug** oder ein **Fahrrad** gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwerer Strafe bedroht ist, mit **Gefängnis bis zu drei Jahren** bestraft. Der **Versuch** ist **strafbar**. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig. Wer die Tat gegen seinen Ehegatten oder gegen einen Verwandten absteigender Linie begeht, ist straffrei. **Kraftfahrzeuge** im Sinne dieser Verordnung sind die Fahrzeuge, die durch Maschinen bewegt werden, Landkraftfahrzeuge nur insoweit, als sie nicht an Bahngleise gebunden sind.

Diese Verordnung tritt am 1. November 1932 in **Kraft**.

Freistaat Baden

Der Schleier lüftet sich

In der „Karlsruher Zeitung“ ist zu lesen:

Zur Konkordatsfrage in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Durch eine Reihe von Blättern geht zur Zeit die Behauptung, daß in den zwischen dem **Lande Baden und den beiden großen Religionsgemeinschaften** abzuschließenden **Verträgen die Staatsleistungen an die Kirchen** gegenüber den bisherigen bedeutend **erhöht** würden. Diese Behauptungen **entbehren jeder Grundlage** und sind unwahr. Die Staatsleistungen an die Kirchen werden sich auch in Zukunft **im Rahmen derjenigen Höhe bewegen, die im Staatsvoranschlag vorgesehen ist.** Die sogenannten **Freiwilligkeitsleistungen** des Staates an die Kirchen werden von den Kirchenverträgen **nicht berührt.**“

*

Dazu wird uns geschrieben:

Auch ein Weg, wenn auch ein ungewohnter, um die Vereinbarungen zwischen Staat und Kirchen bekannt zu geben. Ueber die geldlichen Leistungen des Staates an die Kirchen wären wir also soweit im Bilde. Um weiteres zu erfahren, ist jetzt nur nötig, daß eine „Reihe von Blättern“ behauptet, die badische Schule werde durch die Konkordate völlig den Kirchen ausgeliefert, oder der Staat begebe sich bezüglich der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles jeden Rechts, oder die Universität Freiburg werde gänzlich der katholischen und die Universität Heidelberg völlig der evangelischen Kirche ausgeliefert. Erfolgen dann auf diese Anzapfungen prompt die amtlichen Entgegnungen und Berichtigungen, so werden wir auf diesem Wege in Bälde den gesamten Inhalt der Konkordate kennen lernen. Auf und ab, wie beim Jo-Jo-Spiel.

Wäre es aber nicht besser und im Interesse des Staates und der Regierung gelegen, es würde endlich der Wortlaut der abgeschlossenen Verträge bekannt gegeben werden? Die Heimlichtuerei wächst sich nachgerade zur Katastrophe aus. -r-

*

Anscheinend sieht man jetzt in Regierungskreisen sowie in den führenden Kreisen des Zentrums endlich ein, daß die Geheimniskrämerei um den Inhalt der vorläufigen Abmachungen hinsichtlich des Konkordats ein Fehler war. Der „Badische Beobachter“ hält es nunmehr ebenfalls für geboten, daß man, soweit das möglich sei, in der Oeffentlichkeit nähere Mitteilungen über den Inhalt des Vertragswerkes macht. Das war unsere Forderung von der ersten Stunde an, als in bürgerlichen Zeitungen die Erörterung über das Konkordat begonnen worden sind. Wenn die badische Regierung und die übrigen in Betracht kommenden Stellen unserem Ratschlage gleich gefolgt wären, hätte wahrscheinlich die ganze Konkordatsfrage nicht dieses starke und unliebsame Aufsehen erregt, wie es nunmehr der Fall ist. Gerade die Geheimniskrämerei hat allen möglichen Befürchtungen über den Inhalt der Abmachungen täglich in immer erhöhterem Maße Nahrung gegeben. Wir haben Grund zur Annahme, daß in denkbar kürzester Frist die Stellungnahme der in Frage kommenden sozialdemokratischen Instanzen zur Konkordatsfrage erfolgt und bekannt gegeben werden wird.

Katholische Lehrerinnen zum Konkordat

DZ. **Karlsruhe**, 22. Okt. Der Verein katholischer badischer Lehrerinnen hat in einer Entschließung zur Konkordatsfrage grundsätzlich Stellung genommen. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut: „Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Selbständigkeit von Kirche und Staat dem Wohle der Gesellschaft dient, begrüßen die Mitglieder des Vereins die bevorstehende Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat. In diesem Uebereinkommen erblicken wir keine Beeinträchtigung der Eigenständigkeit des Staates sondern eine pflichtmäßige Rücksichtnahme auf den katholischen Volksteil in Baden, d. i. auf die Mehrheit des badischen Volkes. — Bei der natürlichen und übernatürlichen Bedeutung des Religionsunterrichts in der Schule, halten wir es für selbstverständlich, daß in dem neuen Konkordat die notwendigen Sicherungen über die Erteilung desselben nicht übergangen werden.“

Wachsende Erkenntnis

Die Nazis machen Anleihen bei dem von ihnen verfluchten Marxismus

Jahrelang haben die Nationalsozialisten den Marxismus verflucht und verwettert und haben an Stelle der klaren Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge dem Volke die Meinung beigebracht, wichtiger als Wirtschaftserkenntnisse sei es, Parademärsche zu machen, für eine „bessere Rasse“ zu schwärmen und Kotau vor den „Führern“ zu machen. Heute, nachdem sich durch diese Hetze der Nationalsozialisten das altpreußische Junkertum wieder in den Sattel gesetzt hat, sehen weite Kreise nationalsozialistischer Nachläufer ein, welches Unglück die Nationalsozialisten mit ihrer Hetze gegen die Sozialdemokratie angerichtet haben und massenweise ziehen sich diese Opfer der antimarxistischen Hetze von den Nationalsozialisten zurück. So wird es allgemach den Managern der Nationalsozialisten sehr trübselig zumute und um ihre verlorene Sache zu retten, machen sie jetzt auf einmal Anleihe bei dem „Marxismus“, den sie bis dato verflucht haben. Der nationalsozialistische „Führer“ sah sich daher dieser Tage zu einigen Offenherzigkeiten gezwungen, die gleichzeitig eine schwere Schuld in der Täuschung der Volksmassen offenbaren und den verführten Nachläufern der Nationalsozialisten Klarheit geben müssen, wie sehr sie von den Nationalsozialisten getäuscht worden sind und vermutlich auch weiterhin von diesen getäuscht werden. Immerhin zeigt sich bei der Tatsache, daß die Nationalsozialisten jetzt genötigt sind, bei den Marxisten Anleihen zu machen, daß die Wahrheit auf dem Marsche ist. Die Hitlerbewegung wird zerschellen, Karl Marx und die Sozialdemokratie werden jedoch mit zunehmender Erkenntnis die Volksmassen um sich sammeln.

Ist es nicht ein Geständnis dahingehend, daß die Sozialdemokratie die Dinge immer richtig beurteilt hat, wenn der „Führer“ jetzt im „Kriegszustand“ der feindlichen Brüder vom Stahlhelm und SA. gegenüber dem Stahlhelm schreibt, er fühle sich „hochgeehrt und überglücklich, wenn er seinen Parademarsch vor diesen Herrschaften klopfen darf!“ Warum auf einmal diese Spötterei über den Parademarsch vor hohen Herrschaften, nachdem vor kurzem noch der „Führer“ jubelte, wenn seine SA.-Leute vor dem Prinzen Auwi und anderen hohen Herrschaften, vor Herzögen, Exzellenzen und Freiherren, die in Herrn Hitler ein bequemes Subjekt für ihre Restaurierungspläne gefunden hatten, im Gleichschritt vorbeidefilierten. Warum auf einmal diese Spötterei über Parademärsche, die man in nationalsozialistischen Kreisen selbst heute noch so sehr pflegt, wenn sie zu Ehren der mißvergnügten Adelskreise um Hitler erfolgen; jene Adelskreise, die bis heute noch nicht den Anschluß an ihre wieder frohlockenden Sippen gefunden haben und allem Anschein nach in den Nationalsozialisten das Mittel sehen, auf irgend einem Wege diesen Anschluß doch zu erreichen. Es steht dem nationalsozialistischen „Führer“ sehr übel an, über Parademärsche der Stahlhelmer vor hohen Herrschaften zu spotten; er, der heute noch jubelnd die Manifeste des Naziadels nach byzantinischer Art veröffentlicht!

Ein noch weiter gehendes Bekenntnis über die Richtigkeit marxistischer und sozialdemokratischer Auffassung muß jedoch der „Führer“ in dem gleichen Aufsatz abgeben, wenn er schreibt:

„Nicht der Marxismus hat das Volk in Klassen aufgespalten — nein, die Klassenfront, die quer durch das deutsche Volk hindurchging und hindurchgeht, wurde in erster Linie geschaffen, als in unseliger Verblendung das liberalistisch verseuchte Bürgertum den Maßstab des Geldes und des Besitztums anzulegen begann an den Wert des Volksgenossen, als es begann, die ehrliche Handarbeit zu verachten und sich in verbrecherischer Ueberheblichkeit ängstlich zurückzog vom arbeitenden Volk. Die Klassenfront wurde in dem Augenblick geschaffen, als nicht mehr Fähigkeit und Leistung im Sinne des Volksganzen die Grundlagen bildeten für die Wertung und das Ansehen des Mannes, sondern die Höhe des steifen Kragens, der Hochglanz der Stiefel und die Gepflegtheit der Hände maßgebend wurden für seine „gesellschaftliche Stellung“.

Ei, ei, jetzt auf einmal erklärt der „Führer“: „Nicht der Marxismus hat das Volk in Klassen aufgespalten, sondern andere Dinge. Fast geht diese Erkenntnis — wenn auch der „Führer“ selbst jetzt noch nur die personelle Seite sieht und in seiner krassen Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge nicht die ökonomische Seite — glattweg in die Richtung von Karl Marx, dessen großes Verdienst es ja war, den Klassenkampf als eine naturnotwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen und dessen große Leistung darin bestand, gegenüber kapitalistischer privater Besitz- und Geldwirtschaft und ihrer Zusammenballung im Großbetrieb die Forderung der Gemeinwirtschaft zur Befreiung des Proletariats und aller Unterdrückten zu verlangen. Man sieht, wenn die Nationalsozialisten ehrlich sein wollten, müßten sie in der Richtung von Karl Marx marschieren, was allerdings einer Liquidation ihres betrügerischen Unternehmens erfordern würde und ihnen zur Aufgabe machen müßte, das Bekenntnis abzulegen, wie recht die Sozialdemokratie sowohl in ihrem Urteil wie in ihrem Kampfe gegen Nationalismus und Faschismus hat. Selbstverständlich werden die Nationalsozialisten dies nicht tun, weil dieser naturnotwendige Selbstmord über ihre Kraft geht. Sie werden daher weiter gegen Marxismus und Sozialdemokratie hetzen — so sehr sie auch die Verlogenheit und Hohlheit dieser Hetze selbst innerlich durchschauen.

Rund um den Hummel – Daubmann

Von einem Polizeibeamten wird uns geschrieben:

Die **„Neue Badische Landeszeitung“** ist, wie es scheint, etwas aus dem Häuschen geraten. In ihrer Nummer 535 vom 20. Oktober 1932, in der über die Sache Daubmann — Hummel nochmals in der Form berichtet wird, daß von Polizeiseite der **Bürgermeister in Endingen** und **Major a. D.** Bumiller in dem Sinne gewarnt worden seien, daß die Angaben des sich für Daubmann ausgebenden Mannes Lükken aufwiesen, die zuerst der Aufklärung bedürften, gibt die genannte Zeitung siebengescheite Töne von sich. Die „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt folgenden klassischen Satz:

„Es geht aus dieser Veröffentlichung hervor, daß die **badische Polizei** vom ersten Augenblick an Zweifel an Daubmann gehabt hat. Dann muß man fragen, warum sie diesen Schwindel so lange geduldet hat. Wäre es nicht möglich gewesen, den falschen Daubmann wenigstens bis zur Klärung seines Falles **verschwinden** zu lassen und die Oeffentlichkeit an dieser Blamage zu verhindern? Alle diese nachträglichen Entschuldigungen sind nur Selbstanklagen.“

Die „Neue Badische Landeszeitung“ sollte aus naheliegenden Gründen den deutschen Spießbürger, der durch keine Gewalt der Erde daran zu verhindern ist, mit dem Schuster Voigt, mit Harry Domela und mit Daubmann-Hummel zusammen gefühlselige Dummheiten zu machen und Hurra zu schreien, doch wirklich zur Genüge kennen.

Wie stellt sich die „Neue Badische Landeszeitung“ dieses „Verschwindenlassen“ Daubmann-Hummels durch die Polizei eigentlich vor und wie hätte ihrer Meinung nach die Polizei eine solche Dauerhaft Daubmanns gesetzlich begründen sollen? Was hätte die „Neue Badische Landeszeitung“ dann gesagt, wenn die Polizei tatsächlich zusammen mit der Staatsanwaltschaft den von den Eltern Daubmanns anerkannten Hummel, einen Mann, der angeblich 16 Jahre in französischer Gefangenschaft war, in Dauerhaft genommen hätte? Wir vermuten wohl nicht falsch, wenn wir annehmen, daß die „Neue Badische Landeszeitung“ den Kopf geschüttelt und dieses Verhalten der Polizei **unverständlich** gefunden hätte.

Wenn wir uns recht erinnern, gibt es bisher doch in Baden keine Bastille, in der man Menschen, die unliebsam geworden sind, unterbrächte. Vielleicht aber hätte man Daubmann auf **„Schloß Rotenberg“** unterbringen können. Dann hätten ihn die Nazis vollkommen für sich gehabt. Ist doch mittlerweile bekannt geworden, daß sie s. Zt. den ganzen Motorsturm nach Endingen beordert haben und dort vor Daubmann Parade gefahren sind.

*

Dem Schneider Hummel wurde vom Fürsten von Hohenzollern auch ein Hausorden verliehen. Wie kommt der Fürst von Hohenzollern dazu, Orden zu verleihen? Das ist eine Verletzung deutscher Gesetze und grober Unfug. Man kann zwar nicht erwarten, daß solche Mißstände durch die jetzige Baronsregierung abgestellt werden. Man hat wenigstens noch nichts gehört, daß sie dem Fürsten von Hohenzollern entgegengetreten sei.

*

Noch etwas Vergnügliches. Vor kurzem noch war Daubmann-Hummel an einem Orte in der **Nähe von Bruchsal** zwei Tage lang auf einer Kirchweih. Da stellte sich dann heraus, daß er nicht einmal Walzer tanzen konnte. Nur Jazz und Rumba und dergleichen. Da haben sich dann die **Mädels** dort eine Ehre daraus gemacht, in einem schnell ausgeräumten Zimmer dem Schneider Hummel das **Walzertanzen** beizubringen, damit er auf der Kirchweih auch richtig wirke. Jetzt grinst man sich in jenem Dorf gegenseitig an und verulkt sich.

*

Die **„Badische Presse“** in Karlsruhe überkugelt sich zur Zeit in Meldungen über das, was der Schneider Hummel in Offenburg einst alles getan und gesagt habe. Sie will es einfach nicht gewesen sein. Dabei steht fest, daß sie dem Daubmann-Hummel bei seinem Einzug aus Italien s. Zt. einen Sonderberichterstatter bis Luzern entgegengeschickt hat, um über den vermeintlichen Daubmann rührselige Berichte schreiben zu lassen. Genau so wie die treuen Leser der „Badischen Presse“ die seinerzeitigen Rührgeschichten geschluckt haben, schnappen sie jetzt auch die neuesten Berichte, die nicht minder fingergesaugt ausschauen. Es geht halt nichts über den Schmok.

Der Selbstversorger

Der Bedarf an Eseln kann in Deutschland aus eigener Produktion gedeckt werden
Aus einem Gutachten des Landwirtschaftsrats

„Das hab ich längst gewußt, daß auf der Häufigkeit meines Vorkommens der Bestand der nationalen Rechten beruht“

Vom kommunistischen Einheitsschwindel

Paradehelden der KPD.

Die KPD. veranstaltet gegenwärtig wieder sogenannte Einheits-Kampfkongresse und prahlt dann in bekannt verlogenen Berichten mit der Beteiligung von angeblichen Funktionären der SPD. und der Gewerkschaften, so u. a. auch mit einem gewissen Lützenhof, aus Berlin importiert, der ein Referat gehalten hat. Genosse Reinbold hat sich nun nach diesem „Genossen“ erkundigt und die folgende Antwort erhalten:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand **Berlin**, 19. Oktober 1932.

Lieber Genosse Reinbold!

Ueber den Verkehrsarbeiter **Lützenhof** (nicht Lutzenhof) habe ich folgende Feststellungen treffen können:

Lützenhof wird als sogenannter SPD.-Arbeiter nicht nur durch Berlin, sondern durch ganz Deutschland zu allen Kongressen geschickt und muß die bestellten Reden gegen die SPD. halten. Lützenhof ist seit einem Jahr aus der Liste unserer Genossen in Berlin **gestrichen, weil er sich weder in der Abteilung hat sehen lassen, noch Beiträge gezahlt hat. In seiner Abteilung kennt ihn kein Mensch.** Lü. ist früher **Kommunist** gewesen und scheint zu dem Zwecke in unsere Partei gekommen zu sein, um eine SPD.-Tarnung vornehmen zu können. Jedenfalls hat seine Gastrolle bei uns in Berlin nicht lange gedauert.

Freiheit!

gez. Georg Schmidt.

Festungsstrafe für Mannheimer Kommunisten

DZ. **Mannheim**, 21. Okt. Der Reichsgerichsdienst des WTB. meldet: Wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatten sich am Donnerstag der 36jährige preußische Staatsangehörige **Friedrich Weigel** und der 28jährige preußische Staatsangehörige **Peter Eimuth**, beide in **Mannheim** wohnhaft, vor dem V. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Beide Angeklagten sind unvorbestraft und langjährige Mitglieder der KPD. in Mannheim, wo sie leitende Posten in der kommunistischen Bewegung einnahmen. Weigel war Propaganda-Funktionär und vorübergehend verantwortlicher Redakteur der **„Arbeiter-Zeitung“** in Mannheim. Eimuth war Stadtteilleiter und Leiter eines kommunistischen Schulungskurses für Fortgeschrittene. Am 22. Juni 1931 fand in einer Gastwirtschaft in Mannheim eine kommunistische vertrauliche Sitzung statt, auf der die Einrichtung eines illegalen Kurierdienstes beschlossen wurde. Am 7. August 1931 hat Eimuth auf dem Parteibüro seinem Genossen Weigel 15 Exemplare der verbotenen Broschüre „Roter Alarm“ zum Zwecke des Vertriebs übergeben. Die auszugsweise Verlesung dieser Zersetzungsschrift ersten Ranges zeigte deutlich ihre Tendenz, insbesondere Schupo und Reichswehr in kommunistischem Sinne „ideologisch“ zu beeinflussen. Außerdem wurden bei den Angeklagten die Adressen von im Mannheimer Vorort Neckarstadt stationierten Polizeibeamten aufgefunden, die als Anfang eines alphabetischen Verzeichnisses der Mannheimer Polizeibeamten, die für die kommunistische Bewegung zu gewinnen versucht werden sollten, gelten können. Beide Angeklagten verlegten sich aufs Leugnen. Sie wollen weder die Beschlüsse der Kuriersitzung, noch den Inhalt der verbotenen Zeitschrift „Roter Alarm“ gekannt haben. Die Zeugenvernehmung von drei Beamten der politischen Polizei in Mannheim belastete sie jedoch schwer.

Das **Urteil** lautete für Eimuth auf ein Jahr drei Monate, für **Weigel auf neun Monate Festung.**

Wie sie „ankurbeln“

Die „grundsätzlich neue Staatsführung“ im Rundfunk

SP. Im Haus des Rundfunks in der Masurenallee in Berlin, dem Sitz des Reichsrundfunkkommissars, läßt man die Köpfe hängen. **Der schroffe Kurswechsel hat mit einem Schlag den Rundfunk um das in vielen Jahren mühsam erworbene Ansehen gebracht.** Seine Leistungen haben sich auf allen Gebieten so verschlechtert, daß selbst die im Anfang begeisterten Anhänger der neuen Herren sich jetzt von ihnen deutlich distanzieren. So wird jetzt in den Hugenbergblättern die Gefahr einer „Marneschlacht des Rundfunks“ beschworen. Aber auch wenn diesen warnenden Stimmen in Zukunft Gehör geschenkt werden würde, wäre es außerordentlich zweifelhaft, ob der Rundfunk sich von der Schlappe erholen kann, die ihm die **mißbräuchliche** Benutzung in den letzten Monaten zugefügt hat.

Zu den kulturellen und geistigen Schwierigkeiten, denen der Rundfunk ausgesetzt ist, gesellen sich jetzt wirtschaftliche Schwierigkeiten. **Bis zur Machtübernahme der neuen Herren war die Geschichte des Rundfunk ein einziger Triumphzug.** Das zeigt am besten die Entwicklung der Hörerzahl. Sie ist in den acht Jahren von 1924 bis 1932 auf über 4 Millionen Hörer gestiegen, und zwar mit einer Regelmäßigkeit, die erkennen läßt, daß der Rundfunk früher von störenden Einflüssen freigehalten wurde. Jedes Jahr weist einen Zuwachs von rund ½ Million Hörer auf. In den Jahren 1927 und 1928 war allerdings die Zunahme infolge der guten Wirtschaftsverhältnisse etwas stärker. Immerhin haben selbst die Jahre ungünstiger Wirtschaftslage 1930 und 1931 den Anstieg des Rundfunks nur unwesentlich verlangsamen können.

Mit der Auslieferung des Rundfunks an die Reaktion hat eine neue Entwicklung begonnen. Im ersten Quartal 1932 ist die Zahl der Hörer noch um fast 200 000 gewachsen. **Seit dieser Zeit aber hat eine starke Abnahme eingesetzt. Im zweiten Quartal ist die Zahl der Hörer um 49 000, im dritten um 42 000 gesunken.** Begreiflicherweise versuchen die neuen Herren des Rundfunks diesen Rückgang als eine Folge der wirtschaftlichen Notlage zu erklären. Aber das können sie nur zu einem geringen Teil mit Recht. Zwar ist auch in den vergangenen Jahren in den Sommermonaten der Zugang von Rundfunkteilnehmern geringer gewesen als im Winter und die Abbestellungen größer als die Neubestellungen.

Was jedoch die Lage in diesem Jahre von der voriger Jahre wesentlich unterscheidet, das ist der **tatsächliche Rückgang in der Zahl der Hörer, der jetzt zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Rundfunks eingetreten ist.** Dafür können nicht allein wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Die Wirtschaftskrise bedrückt Deutschland bereits seit drei Jahren. Sie ist im letzten Winter nicht minder fühlbar gewesen als in diesem Sommer. Trotzdem ist die Hörerzahl dauernd gewachsen und noch vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932 um fast 400 000 gestiegen. Auch die Jahreszeit ist nicht entscheidend, denn wenn auch die Sommermonate bisher stets einen Stillstand gebracht haben, so war doch die Teilnehmerzahl am 1. Oktober niemals geringer als am 1. April.

Die finanzielle Entwicklung des Rundfunks wird von dieser Verminderung naturgemäß stark betroffen. Die Einbuße an Einnahmen ist um so stärker, als nicht nur die gesamte Hörerzahl abnahm, sondern weil gleichzeitig die Zahl der gebührenfreien Hörer stark zunahm. Am 1. April betrug die Zahl der Befreiungen 356 000, zum 1. Oktober war sie bereits auf 481 000, also um rund 125 000 gestiegen. **Einschließlich des Rückgangs von 91 000 muß also der Rundfunk jetzt auf die Gebühren von 216 000 Teilnehmern verzichten. Das ist ein Ausfall von 430 000 RM. monatlich, also rund 5 Millionen jährlich.** Da aber sowohl die Zunahme der gebührenfreien Teilnehmer als auch die Abnahme der Zahl der Hörer fortschreiten wird, so dürfte sich der tatsächliche Ausfall als wesentlich höher herausstellen.

Die neuen Herren im Rundfunk haben also nicht nur das Ansehen des Rundfunks verwirtschaftet, sie verwirtschaften auch sein Geld. Es ist ihnen gelungen, die Einnahmen zu senken. Bei den Ausgaben haben sie sich ebenso erfolgreich um eine Steigerung bemüht. Manche von ihnen haben zwar früher über die hohen Spitzengehälter im Rundfunk weidlich geschimpft, aber seitdem sie sie selbst beziehen, ist es überaus still um dieses trübe Kapitel geworden. Das ist eben der Sinn der „grundsätzlich neuen Staatsführung“, die uns inzwischen den geschilderten Niedergang des Rundfunks beschert hat, daß ihre Träger jetzt das Gegenteil von dem tun, was sie früher ohne Amt und Würden propagiert und gefordert haben. **Wir verlangen in diesem Falle, daß die Urheber an dem Niedergang des Rundfunks, der nationalsozialistische Reichsrundfunkkommissar und seine schwarz-weiß-rote Umgebung, in ihren Personalbezügen die finanziellen Schwierigkeiten des Rundfunks zu kosten bekommen.**

Im übrigen wird man sich rechtzeitig darüber klar sein müssen, daß auch für den Rundfunk die Zeiten vorbei sind, in denen man aus dem Vollen wirtschaften konnte. Die fetten Jahre sind vorbei, die mageren haben begonnen. Nur durch gute Leistungen wird der Rundfunk sein gesunkenes Ansehen wieder gewinnen können. Will man den Runkfunk vor finanzieller Mißwirtschaft bewahren, dann muß man die Aera der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ mit ihren neuen Männern beenden. Je eher das geschieht, um so besser für den Rundfunk und seine finanzielle Lage.

Aus aller Welt

Folgenschwerer Autounfall einer Fußballmannschaft

Frankfurt a. M., 23. Okt. Ein mit 20 Fußballspielern besetzter Lastkraftwagen aus Okriftel rannte in Mammolshain mit voller Geschwindigkeit in den Vorgarten eines Hauses. Der Chauffeur Jakob Laun aus Kelsterbach war auf der Stelle tot. Weiterhin wurden sechs Schwerverletzte und mehrere Leichtverletzte ins Krankenhaus Königstein (Taunus) eingeliefert. Wie das Krankenhaus mitteilt, schweben drei der Schwerverletzten in Lebensgefahr. Es handelt sich durchweg um Spieler aus Okriftel.

Neue Devisenaffäre in Berlin

Berlin, 23. Okt. Unter dem Verdacht, Effekten aus ausländischem Besitz in einem Gesamtwerte von mehreren hunderttausend Mark verschoben zu haben, wurde ein Bankkommissionär festgenommen. Mit weiteren Verhaftungen sei zu rechnen. Es soll sich in der Hauptsache um Effekten handeln, die **aus der Schweiz nach Deutschland** gebracht und hier dann in der bekannten Weise verschoben wurden, worauf der **Erlös wieder über die Grenze** wanderte.

Einbruch ins Breslauer Wohlfahrtsamt

Breslau, 22. Okt. In der Nacht zum Samstag drangen unbekannte Täter in die Zahlstelle Sternschanze des Breslauer Wohlfahrtsamtes ein und knabberten einen Geldschrank, der in einem Büroraum im zweiten Stock des Hauses stand, kunstgerecht auf. Entwendet wurden in drei Eisenblechkassetten rund 6800 Mark und 190 Stück Reichsbezugsscheine für je drei Pfund frisches Rind- oder Schweinefleisch, gültig bis 30. November d. J. sowie 50 Zahlkarten des Wohlfahrtsamtes und des Fürsorgeamtes der Stadt Breslau.

Revolveranschlag auf Kammersängerin Bindernagel

Berlin, 24. Okt. Kurz nach Beendigung der Vorstellung in der Städtischen Oper, wo Richard Wagners „Siegfried“ am Sonntagabend gespielt wurde, ereignete sich am hinteren Bühnenausgang der Städt. Oper eine blutige Tragödie. Als die 38 Jahre alte Kammersängerin **Gertrud Bindernagel** auf die Straße hinaustreten wollte, begegnete sie ihrem **Ehemann,** dem 53 Jahre alten Bankier Wilhelm Hintze, mit dem sie in eine Auseinandersetzung geriet, die bald sehr heftige Formen annahm. Plötzlich zog Hintze eine **Pistole** aus der Tasche und jagte seiner Ehefrau, die sich in diesem Augenblick abgewendet hatte, um wieder in die Oper zurückzukehren, eine Kugel in den Rücken. Frau Bindernagel brach mit einem **Aufschrei zusammen.** Passanten, die sich inzwischen infolge der erregten Unterhaltung angesammelt hatten, wollten sich auf den Täter stürzen, um ihn zu lynchen. Doch erschienen in diesem Augenblick **Polizeibeamte,** die Hintze **festnahmen.** Die Kammersängerin wurde nach dem Krankenhaus transportiert. Hintze mußte den Weg nach dem Polizeipräsidium antreten. Die Kugel ist Frau Bindernagel in den Rücken gedrungen und in der **Nierengegend** stecken geblieben. Ihr Zustand ist nicht lebensgefährlich. Die Tat ist allem Anschein nach **aus Eifersucht** begangen worden.

Zuchthausrevolte in Kanada

London, 22. Okt. „Times“ meldet, daß im Zuchthaus von Portsmouth eine Revolte ausgebrochen ist. 110 Zuchthäusler überwältigten 40 Aufseher und befreiten die Insassen zweier Zellenreihen des Hauptgebäudes. 150 Mann kanadische **Artillerie mit Maschinengewehren wurden von Kingston aus entsandt.**

Empfang der deutschen Olympiateilnehmer

WTB. **Berlin,** 22. Okt. Reichspräsident von **Hindenburg** empfing heute, in Gegenwart des Reichsministers des Innern, des Reichsausschusses für Leibesübungen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, und des Generalsekretärs Diem, die bei den Olympischen Spielen in Los Angeles ausgezeichneten Sportsleute.

Raubmord in Berlin

Berlin, 22. Okt. An einer **74jährigen Greisin** wurde heute im Berliner Westen ein Raubmord verübt. Dem Mörder fielen 4500 Mark Bargeld und für 12 000 Mark Wertpapiere in die Hände.

100 000-Mark-Los gezogen

CNB. **Berlin,** 22. Okt. In der Vormittagssitzung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel ein Gewinn von 100 000 Mark auf die Nummer 331 354. Das Los wird in Achtellosen in Württemberg und in Berlin gespielt.

Revolverschmuggel nach Deutschland

Aus Amsterdam berichtet das holländische Organ „Het Volk“ über Verbindungen zwischen deutsch-monarchistischen Verschwörern und großen Waffenschiebungen nach Deutschland. Im Düsseldorfer Gefängnis sitzt zurzeit der **Großschmuggler Szymanski,** der kürzlich an der deutsch-holländischen Grenze auf frischer Tat ertappt wurde. Interessanter als dieser Waffenschieber sind jedoch seine **Hintermänner,** in deren Auftrag Szymanski von Januar bis September 1932 seinen Waffen- und Munitionshandel betrieben hat. Es steht heute fest, daß **ungeheure Mengen belgischer und spanischer Revolver sowie Munition** von Belgien aus, wo der Waffenhandel erlaubt ist, über Holland **nach Deutschland** hineingeschmuggelt worden sind. Es steht weiter fest, daß **deutsche Zollbeamte,** die des Geschäftes wegen das **nationalsozialistische Mitgliedsbuch** führten, sich **bestechen** ließen. Es steht fest, daß das Zollfahndungsamt in Düsseldorf bei der Untersuchung gegen Szymanski mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, und es steht schließlich fest, daß Szymanski noch kurz vor seiner Verhaftung im Haag war, wo er **Beziehungen zu den dortigen deutschen Nationalsozialisten** unterhielt. „Het Volk“ leuchtet neuerdings etwas tiefer in diese Waffenschiebungen hinein. Dabei taucht im Hintergrund das dicht an der holländischen Grenze gelegene **Landgut Hillebaard** auf. Es gehört dem in Holland naturalisierten **Grafen Wolff-Metternich.** Er ist ein Nachfahre des berüchtigten Reaktionärs und Staatsmannes und zugleich ein **Verwandter der Hohenzollern.** Das Blatt behauptete nun in seinen Enthüllungen, daß die Gegend von Hillebaard das Zentrum des gesamten Waffenschmuggels ist und der Herr Graf Metternich wiederum einer der Hauptträger der **hohenzollerischen Restaurationsbestrebungen,** woselbst auch schon **Zusammenkünfte** stattgefunden hätten.

Lotterie für Straßenbahn-Passagiere

Auf eine originelle Weise macht die städtische Straßenbahn in Frankfurt a. M. den Versuch, die Zahl ihrer Fahrgäste zu heben. Jeder millionste Passagier erhält eine Prämie von 10 Mark. Man hat berechnet daß wöchentlich zweimal eine solche Prämie ausgezahlt wird. Die jährliche Mehrausgabe von etwa 1000 Mark erhofft man durch eine stärkere Benutzung der Straßenbahn um das Mehrfache wieder eingebracht zu erhalten.

Partei-Nachrichten

Rund um den Rundfunk

Die Unzufriedenheit der Rundfunkhörer nimmt täglich zu. Es ist daher kein Wunder, daß auch das 3. Quartal ebenso wie das zweite einen Rückgang der Hörerzahl mit über 42 000 brachte, obwohl die Zahl der von der Rundfunkgebühr befreiten Arbeitslosen in den letzten 6 Monaten um 125 000 gestiegen ist. In fast allen Ländern, besonders in England, das man gern zum Vergleich heranzieht, ist auch in dieser Zeit die Zahl der Hörer gestiegen. Der auffällige Rückgang in Deutschland ist nur durch die maßlose Verbitterung der Hörer über die Entwickmung der deutschen Rundfunkprogramme zu erklären. Wenn die Wahlen am 6. November dem heutigen Regierungskurs nicht ein kräftiges Halt bedeuten, so wird insbesondere der werktätige Hörer immer mehr den Auslandsempfang pflegen müssen oder wenigstens seinen Ortssender jedesmal ausschalten, wenn dieser ihn mit Klängen aus der Vorzeit ärgert. Er wird den heutigen Funkgewaltigen nicht die Freude machen, auf jeden Empfang zu verzichten und protestlos den Rundfunk für immer der Reaktion zu überlassen. Der **„Volksfunk“,** die große wöchentliche Funkillustrierte der Eisernen Front, zeigt auch im neuen Heft, wie dieser Kampf um den Rundfunk fortgeführt werden muß. Das Heft bringt neben den bildgeschmückten Programmen der deutschen Groß-Sender, auch die Programme aller wichtigen europäischen Sender, die von Woche zu Woche verbessert und vervollständigt werden. Ferner einen Querschnitt durch den neuen, vielbeachteten Roman des „Vorwärts“, einen Bilderbericht über die Teilnahme der Sozialisten am amerikanischen Wahlkampf, die Selbstbau-Beschreibung eines Bandfilter-Gerätes, Romanfortsetzung, Schach- und Rätselecke, eine Abstimmtabelle, zahlreiche Einführungen, Kritiken, Rezepte und Winke für die Hausfrau und vieles mehr. Trotzdem beträgt der Preis für das große, bilderreiche Heft, das die Vorwärtsdruckerei in bestem Tiefdruckverfahren herstellt, einschließlich kostenloser Geräteversicherung nur 25 Pfg. Der Bezugspreis durch Buchhandel oder Post ist 96 Pfg. monatlich frei Haus. Der Volksfunk-Verlag, Berlin SW. 68, sendet auf Wunsch Probehefte kostenlos zu.

*

Achern. Am Dienstag, den 25. Oktober, findet abends 8 Uhr in der Volksschule eine Versammlung der SAJ. statt. Gen. Dr. Weißmann-Karlsruhe spricht über den freiwilligen Arbeitsdienst. Vollzähliges Erscheinen wird bei dem Interesse, das diesem Thema entgegenbracht wird, als selbstverständlich erwartet. Gesinnungsgenossen sind willkommen.

Gemeindepolitik

Reichstagswahl und Gemeinden

Die deutschen Gemeinden sind auf Gedeih und Verderb mit der Reichspolitik verbunden. Deshalb ist die Reichstagswahl für alle Kommunalpolitiker eine willkommene Möglichkeit der Einflußnahme. Das neue Heft (20) der „Gemeinde“ bringt im Leitartikel interessante Betrachtungen zu diesem Thema und informiert dann über die wichtigen Probleme der sächsischen Gemeindewahlen. Ueber die Neuregelung der Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden berichtet Dr. Heibsmann. Ein weiterer Aufsatz beschäftigt sich mit der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Aufschlußreich ist der Artikel über Schulgärten und Erwerbslosensiedlung. Genannt sei noch die Arbeit über Kleinbetriebe und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften. In der Kommunalen Rundschau sind die letzten Verordnungen und Erlasse eingehend dargestellt. Praktiker in den Kommunen abonnieren die „Gemeinde“ zur schnellen und gründlichen Information über alle wichtigen Probleme und Bestimmungen zum Preis von 1 RM. monatlich. Bestellungen bei jeder Volksbuchhandlung, bei der Post oder direkt beim Verlag J. H. W. Dietz Nachfl., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Kleine bad. Chronik

Lautenbach im Renchtal, 22. Okt. **Von Wilderern bedroht.** Herr Ratschreiber Huber stellte gestern als Jagdberechtigter am Simmersbacher Eck einen Wilderer und nahm ihm das Gewehr ab. Als er sich entfernen wollte, wurde ihm aus einem Gebüsch von einem zweiten Wilderer mit Erschießen gedroht, falls er das Gewehr nicht zurückgebe. Herr Huber konnte sich aber in Sicherheit bringen. Der erste Wilderer ist bereits verhaftet. Es handelt sich um einen Burschen aus Ottenhöfen. Er wurde ins Gefängnis nach Offenburg eingeliefert.

* **Oppenau,** 22. Okt. **Brand.** Gestern abend brannte das auf der Gemarkung Ramsbach gelegene und der Stadtgemeinde Oppenau gehörende Haus (Ziegelhütte) bis auf die Grundmauer nieder. Die Bewohner des Hauses, Streck, saßen gerade beim Nachtessen, als das Feuer ausbrach. Trotz eifriger Bemühungen der Feuerwehren von Oppenau und Ramsbach konnte aus dem lebenden Inventar so gut wie nichts gerettet werden. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beträgt 6000 RM.

* **Eppingen,** 22. Okt. In dem benachbarten Richen brannte die an der Straße nach Berwangen außerhalb des Ortes stehende Oelmühle, jetzt Nudelfabrik Wieser, auf noch ungeklärte Weise ab. Während das gegenüberliegende Wohnhaus gerettet werden konnte, ist die Scheune mit reichen Heu- und Strohvorräten mitverbrannt. Der Gesamtschaden beträgt 10 000 RM. Die Annahme, daß es sich um Brandstiftung handelt, ist nicht von der Hand zu weisen.

* **Birkenfeld** (bei Pforzheim), 22. Okt. **Das Großfeuer in Birkenfeld. — Ein fünfjähriger Knabe als Brandstifter.** Ueber die Ursache der Brandkatastrophe ist nunmehr bekannt geworden, daß der fünfjährige Sohn des Totengräbers Scherer, in dessen Stall das Feuer seinen Ausgang nahm, in der elterlichen Scheune mit dem Feuer gespielt und so den Brand hervorgerufen hat.

Marktberichte

Knielinger Schweinemarkt vom 21. Okt. Zufuhr: 44 Milchschweine und 6 Läufer; Preise: 14—24 Mark pro Paar für Milchschweine, 35 Mark pro Stück für Läufer. Handel: mittel. Nächster Markt am Freitag, den 28. Oktober 1932.

Schweinemarkt in Durlach am 22. Oktober 1932. Befahren mit 149 Läufer- und 139 Ferkelschweinen; verkauft wurden 109 Läufer- und 125 Ferkelschweine; Preis per Paar Läuferschweine 28—40 Mark, Ferkelschweine 14—25 M. — Am 26. ds. Mts. findet Großviehmarkt statt.

Letzte Nachrichten

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Amerikas, Roosevelt, trat in einer Wahlrede für die Abschaffung der Prohibitionsbestimmungen ein.

Nationalsozialistischer Flugtag verboten

Der von der NSDAP. anläßlich des Gautreffens des Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps und des Nationalsozialistischen Flieger-Korps des Gaues Hessen-Nassau-Nord für den 23. Oktober auf dem Waldauer Flugplatz vorgesehene Großflugtag, der u. a. Bombenabwürfe auf einen aufgebauten Stadtteil und Gasschutzübungen vorsah, ist verboten worden.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

24. Oktober.

1601 †Astronom Tycho de Brahe. — 1648 Westfäl. Friede. Ende des 30jährigen Krieges. — 1795 Dritte Teilung Polens. — 1804 †Physiker Wilh. Weber (Telegr.). — 1844 Gründung des Konsumvereins der redl. Pionier zu Rochdale. — 1930 Brasilien: Militärdiktatur.

Notschrei des badischen Neuhausbesitzes

Viele Hunderte von Neuhausbesitzern aus allen Teilen Badens versammelten sich gestern nachmittag in der Landeshauptstadt zu einer eindrucksvollen Notkundgebung. Der Andrang zur Glashalle des Stadtgartenrestaurants war so stark, daß im Kaffee Nowack eine Parallelversamlung abgehalten werden mußte. Auch Vertreter des Bezirkswohnungsverbandes Karlsruhe und des Althausbesitzerverbandes, sowie einige Abgeordnete des Landtages waren erschienen. — Der Landesvorsitzende, Architekt Leonhardt (Mannheim), teilte zunächst mit, daß das Ministerium des Innern sich entschuldigen und bereit erklären ließ, noch im Laufe dieses Monats eine Abordnung zu empfangen. Die Not des Neuhausbesitzes, so fuhr er fort, sei himmelschreiend und baldige durchgreifende Hilfe des Staates geboten, wenn nicht die deutsche Wirtschaft schweren Schaden erleiden solle. Die Organisation des Neuhausbesitzes habe wesentliche Fortschritte gemacht, denn man erkenne immer mehr die Bedeutung des Zusammenschlusses. Der Redner erläuterte dann die vielen Eingaben an Regierung und Landtag wie auch an das Reichsarbeitsministerium mit den darin enthaltenen programmatischen Forderungen zur Rettung des Neuhausbesitzes, an dessen Schicksal dank der Bemühungen der Organisation heute alle maßgebenden Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden interessiert seien. Der Landesvorsitzende stellte dabei fest, daß Baden das erste Land im Reiche war, das sich der Not des Neuhausbesitzes annahm und daß Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden usw. als erste badische Städte Erleichterungen brachten. Aber wenn auch die Unterstützungssumme vom Landtag auf 700 000 Mark erhöht, also verdoppelt wurde, so seien doch die Hilfsmaßnahmen der badischen Regierung sehr gering und unzureichend. Herr Leonhard verwies aufgrund der vorliegenden Zahlen auf eine erschreckende Zunahme der Fälle von Zwangsbetreibungen, Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung, um zu zeigen, daß es höchste Zeit sei, sankerend zur Rettung einzugreifen. Es bestehe die Gefahr der Verschleuderung ungeheurer Werte, unbekümmert darum, daß das in die Bauten hineingesteckte Eigenkapital bereits verloren sei und die Eigentümer, die seinerzeit im Interesse der Allgemeinheit gehandelt hätten, an den Bettelstab gebracht würden. Aus ethischen, wirtschafts- und staatspolitischen Gründen habe der Staat die Pflicht, zu helfen.

Der zweite Referent, Rechtsanwalt Dr. Waerther (Karlsruhe), sieht die Notlage des Neuhausbesitzes als eine Folge der Ueberteuerung des Bauens. Der Staat hätte die Preisentwicklung auf dem Baumarkt überwachen müssen. Er forderte die sofortige Einstellung der Zwangsvollstreckungen und die Herabsetzung der Zinslasten, sowie eine gerechte Schuldenabwertung, die er als ein Problem der ganzen deutschen Wirtschaft bezeichnete.

Kollegen aus Albbruck (Amt Waldshut) und Schwetzingen schilderten gleichfalls die verzweifelte Stimmung in den Reihen der Neuhausbesitzer und führten Klage über rigorose Vorgehen einzelner Bezirkswohnungsverbände. — Darauf gelangte einmütig folgende Entschließung zur Annahme:

„Die am Sonntag, 23. Oktober 1932, in Karlsruhe versammelten badischen Neuhausbesitzer verlangen, daß der Staat sich der außerordentlichen Notlage des Neuhausbesitzes annimmt. Es muß, soll nicht der gesamte Neubausbesitz zusammenbrechen, eine sofortige Entlastung angestrebt werden. Dies ist nur möglich, wenn nachstehende Forderungen erfüllt werden:

1. Sicherung gegen Zwangsversteigerungen entsprechend dem Gesetzentwurf der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft des Neubausbesitzes;
2. Aussetzung der Zins- und Tilgungsbeträge für Baudarlehen auf vorläufig zwei Jahre;
3. Gleichstellung des privaten Neubausbesitzes in finanzieller und steuerlicher Hinsicht mit den gemeinnützigen Baugesellschaften;
4. Verlängerung der Steuerfreiheit der Neubäuser um weitere zehn Jahre;
5. Senkung der Zinsen der 1. Hypothek auf 4 Prozent;
6. Finanzielle Unterstützung der erwerbslosen Neuhausbesitzer und Neuhausmieter im gleichen Ausmaß wie erwerbslose Althausmieter. — Im übrigen stehen die Neubausbesitzer auf dem Standpunkt, daß eine endgültige Behebung der Notlage nur von der Geldseite her kommen kann."

Kommt Do X nach Karlsruhe oder kommt er nicht?

Wie in anderen Städten, so scheint auch in Karlsruhe noch keinerlei Klarheit und Sicherheit darüber zu bestehen, ob das Riesenwasserflugzeug Do X auf seiner Rheinreise auch Karlsruhe besuchen wird oder nicht. Zur Zeit befindet sich das Flugschiff in Mainz. Als nächste Station war Mannheim vorgesehen und dann Karlsruhe. Von amtlicher Karlsruher Stelle war mitgeteilt worden, das Flugzeug würde nächster Tage hieher kommen. Die Nachricht scheint aber nicht zu stimmen. Nicht einmal der Besuch von Mannheim ist sicher. Wie wir der Mannheimer „Volksstimme" entnehmen, haben sich die Dinge so entwickelt, daß noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ob Do X überhaupt nach Mannheim kommt. Die Flugleitung, so teilt die „Volksstimme" weiter mit, stelle an die Städte, die einen Besuch von Do X wünschen, recht erhebliche Forderungen.

Bezüglich des Besuches von **Karlsruhe** schreibt die „Volksstimme": „Der für Karlsruhe vorgesehene Besuch ist inzwischen von der Flugleitung abgesagt worden, da man den Platz für unbedeutend und die Liegestelle zu weit von der Stadt entfernt fand. Falls Do X in Mannheim niedergeht, wird er von hier aus direkt nach dem Bodensee fliegen."

Sollte sich diese Mitteilung der Mannheimer „Volksstimme" bewahrheiten, so wird die Absage wohl allgemein bedauert werden. Andererseits ist es aber auch bezeichnend, daß auch diese Sache nur vom rein geschäftlichen und geldlichen Standpunkt aus behandelt wird.

—r—

Wir wollen helfen!

Wieder steht ein schwerer Winter vor der Tür. Ins Unermeßliche ist die Not gestiegen. Sie zu lindern, ist die Aufgabe, die sich unsere Notgemeinschaft wiederum gestellt hat.

Das segensreiche Werk kann nur gelingen, wenn die Karlsruher Bürgerschaft ihre bisher in allen Notzeiten bewiesene Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit auch diesmal in die Tat umsetzt.

Darum, Karlsruher, gebt alle, gebt gerne, gebt reichlich. Auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Hilfe tut not!

Karlsruhe, den 18. Oktober 1932.

Karlsruher Notgemeinschaft

Der Vorsitzende: Dr. J. Finter, Oberbürgermeister.

Der Arbeitsausschuß. Der Werbeausschuß.

Die angeschlossenen Organisationen.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — Altkatholischer Frauenverein — Altkatholische Kirchengemeinde — Arbeitgeberverband der Industrie — Arbeitsamt — Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine — Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz — Badischer Kriegerbund — Badische Landwirtschaftskammer — Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft — Blindenvereinigung — Bund erblindeter Krieger — Bund Königin Luise — Caritasverband — Christliche Arbeiterhilfe — Deutscher Beamtenbund — Deutscher Offiziersbund — Elsaß-Lothringischer Frauenverein — Evangelische Gemeinschaft — Evangelischer Jugend- und Wohlfahrtsdienst — Evangelischer Kirchengemeinderat — Evangelischer Ortsverband für Innere Mission — Frauenvinzentiusverein — Fünfter (paritätischer) Wohlfahrtsverband — Gastwirteverein — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände — Handelskammer — Handwerkskammer — Heilsarmee — Israelitischer Frauenverein — Israelitische Gemeinde — Israelitische Religionsgemeinschaft — Israelitischer Wohlfahrtsbund — Jungdeutscher Orden — Karlsruher Anwaltsverein — Karlsruher Bankenvereinigung — Karlsruher Einzelhandel — Karlsruher Frauenklub — Karlsruher Hausfrauenbund — Karlsruher Männerverein vom Roten Kreuz — Karlsruher Studentendienst — Katholisches Stadtdekanat — Katholisch-Deutscher Frauenbund — Kleinrentnerbund — Männervinzentiusverein — N.S. Wohlfahrtsdienst — Reichsbund der höheren Beamten — Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen — Reichsbund der Kinderreichen — Reichsverband Deutscher Dentisten — Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels — Reichsverband Deutscher Zahnärzte — Rektor und Senat der Technischen Hochschule — Stadtrat — Stadtverordnetenvorstand — Städtisches Fürsorgeamt — Verband Badischer Holzindustrieller — Verein Arbeiterwohlfahrt — Verein für Frauenbewegung — Verein Karlsruher Aerzte — Verein Karlsruher Presse — Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger — Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands.

*

Spenden nehmen entgegen: Postscheckkonto 22100, die hiesigen Banken, die städtische Sparkasse, die Stadthauptkasse, die Expeditionen der hiesigen Zeitungen, die Geschäftsstelle der Notgemeinschaft, Gartenstraße Nr. 47, Fernruf: 529.

Spendenverteilung der Notgemeinschaft

Die Notgemeinschaft schreibt uns: Die Spendenverteilung der Karlsruher Notgemeinschaft wird sich in diesem Jahr neben der Ausgabe von Brennstoff, die erst später erfolgt, in der Hauptsache auf die Abgabe des verbilligten Mittagessens erstrecken. Welche Beliebtheit gerade dieses Essen erlangt hat, geht daraus hervor, daß während des letzten Winter-Hilfswerkes über 300 000 verbilligte Essen an die Bedürftigen verteilt werden konnten.

Die verbilligte Essenabgabe findet ab 2. November 1932 in 17 verschiedenen, in den einzelnen Stadtteilen verteilten Wohlfahrtsküchen statt. Die Notgemeinschaftsempfänger können daher die zur Teilnahme an der Mittagspeisung geltenden Teilnehmerkarten schon jetzt bei den bekannten Verteilungsstellen der Notgemeinschaft für den Monat November in Empfang nehmen.

Es wird hierbei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Küchen angehalten sind, von jedem Essenteilnehmer 15 Pfg. für das Essen in bar täglich zu erheben, da die Notgemeinschaft bei der großen Zahl der Bedürftigen nur die Hälfte des Essenpreises übernehmen kann. Eine verschärfte Kontrolle bei den Küchen wird dafür Sorge tragen, daß irgend welcher Mißbrauch mit den Essenkarten nicht stattfinden kann.

Wiederum ein Bombenerfolg des „Roten Faden"

Es schien als Wagnis, zum zweitenmal den großen Kolosseumssaal zu einer Aufführung des „Roten Faden" zu mieten. Aber die Tatsache, daß bei der Aufführung vor 14 Tagen so viele Interessenten keinen Einlaß mehr finden konnten, ließ das Wagnis rechtfertigen und die Optimisten hatten recht. Ja, selbst die weit gesteckten Erwartungen der letzteren wurden übertroffen, denn das Haus war wiederum ausverkauft! Die „Rote Faden"-Truppe kann auf diesen Erfolg mit voller Berechtigung stolz sein. Die Aufführungen selbst erzielten wiederum den frenetischen Beifall des Publikums, jede Nummer schlug ein, so daß sich der Erfolg der Vorstellung wie bei der vorbergehenden auch gestern wieder zu einem vollen gestaltete.

Wirtstöchterle – Daubmann „Badische Presse"

Die „Badische Presse" erlebt mit ihrem Daubmann einen Reinfall um den anderen. So berichtete sie in ihrem Rattenschwanz von Neuigkeiten über Daubmann u. a., daß Daubmann in Singen a. H. einige Gastrollen gegeben habe, besonders hätte ein Wirtstöchterle für ihn geschwärmt und für diese Schwärmerei habe sich Daubmann als Kavalier gezeigt und seiner „Braut" verschiedene Freundlichkeiten erwiesen. Bald darauf hat die „Badische Presse" diese Meldung über die Gastrolle Daubmanns bei dem Wirtstöchterchen widerrufen.

Zu dieser heute so- und morgen so-Berichterstattung der „Badischen Presse" ist interessant, was ein in Singen wohnender Einwohner an seinen Karlsruher Schwiegersohn zu melden weiß. Er schreibt nämlich:

Der Fall Daubmann ist heute Tagesgespräch, besonders daß . . . Annele wird nicht beneidet, es hat für den Spott nicht zu sorgen. Der Familie sind von verschiedenen Seiten Kondolenzkarten zugegangen. Auch für die Narrenzeitung hat man einen weiteren Stoff.

Hieraus darf gefolgert werden, daß scheints doch so ein bisserl wahres an dem war, über das die „Badische Presse" zuerst berichtete. Vielleicht nimmt nun die Allerweltstante in der Lammstraße auch von diesem Briefe Notiz. Bei ihrer Leserschaft wird er sicherlich ein schmunzelndes Lächeln hervorrufen.

Weiße Zähne: Chlorodont

ADGB., Ortsausschuß Karlsruhe, Durlach Ettlingen

Heute Montag abend halb 8 Uhr spricht im Volkshaus Genosse **Reichelt-Berlin**, Mitglied des vorl. Reichswirtschaftsrats über „Gewerkschaften und Reichstagswahl". Außer den Kartelldelegierten sind sämtliche Funktionäre und Betriebsräte, die der SPD. angehören, eingeladen. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

*

(:) **Der Ausbildungskurs der Arbeitersamariter** hat begonnen. In entgegenkommender Weise hat Herr Dr. Jäger die Ausbildung übernommen. Die Gelegenheit, sich Kenntnisse in der ersten Hilfe anzueignen, sollte sich niemand entgehen lassen, zumal damit keinerlei Kosten verbunden sind. Unterrichtsabende Montag abends 8 Uhr im Zeichensaale der Hebelschule, Eingang Kreuzstraße. Die Leitung heute Abend liegt in den Händen des Herrn Dr. Wimpfheimer.

(:) **Sozialdem. Partei — Bezirk Weststadt.** Nach einer gutbesuchten und glänzend verlaufenen öffentlichen Wählerversammlung am 8. Oktober, wo unser Reichstagskandidat Genosse Hermann Veit die Forderungen unserer Reichstagsfraktion an den Reichstag in musterhafter Weise behandelte und reichen Beifall fand, folgte am Samstag, den 22. Oktober die erste **Verbreitung der Wahlnummer des Volksfreund.** Vierzig Eiserne Frontmänner sind angetreten zu dieser Arbeit und haben in wenigen Stunden den Volksfreund in die Wohnungen der Weststadt gebracht. Es war erfreulich, wie diese Genossen mutvoll an die Arbeit gingen und schweißtriefend zurückkehrten. Ein Bravo diesen Wackeren und neuen Mut fürs nächstemal bis zum Sieg! Fr.

Die Polizei berichtet:

Diebstahl

Aus einem in der Hebelstraße aufgestellten Kraftwagen wurde ein Herrenmantel im Wert von ca. 90 Mark entwendet.

Tierquälerei

Ein Händler wird angezeigt, weil er auf einem Acker bei Knielingen sein Pferd mit einem Lattenstück in roher Weise mißhandelte.

Jugendlicher Fahrraddieb

Am Samstag wurde in der Südstadt ein 10jähriger Volksschüler ermittelt, der zwei Fahrräder gestohlen hatte. Eines der Räder hatte er bereits seinem gleichalterigen Freund geschenkt. Die Fahrräder wurden wieder beigebracht.

Ausschreitungen

In vergangener Nacht mußte die Polizei in der Altstadt gegen 2 Ruhestörer einschreiten, die tätlich gegen die Beamten vorgingen. Beide wurden ins Gefängnis eingeliefert.

Rüppurr

Genosse Ludwig tödlich verunglückt

Gestern abend verbreitete sich die betrübende Nachricht, daß unser Genosse Steinhauer Heinrich Ludwig einem Motorradunfall zum Opfer gefallen ist. Das Unglück ereignete sich bei Muggensturm in einer Kurve, wo Genosse Ludwig mit einem Auto zusammenstieß. Er erlitt eine schwere Schädelverletzung, die den Tod herbeiführte. Das Motorrad selbst geriet in Brand, so daß das im Beiwagen mitfahrende Kind Brandwunden erlitt. Näheres konnte über den Unfall noch nicht in Erfahrung gebracht werden.

Genosse Ludwig war in allen Kreisen hoch geschätzt und als tüchtiger Steinhauer bekannt. Neben seinem Beruf versah er noch den Dienst als Leichenschauer in Rüppurr. Der Familie des so jäh ums Leben Gekommenen wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Veranstaltungen

Juan Manén, der berühmte spanische Geiger und Komponist, spielt auf Einladung der Konzertdirektion Kurt Neufeldt am kommenden Dienstag, den 25. Oktober im Eintrachtsaale. Auf seiner diesswinterlichen Konzert-Tournée hält sich der Meister nur kurze Zeit in Deutschland auf, um von hier nach England, Frankreich und Skandinavien zu gehen, wohin man ihn zur Aufführung des durch ihn entdeckten und bekannt gemachten neuen Violin-Konzertes von Beethoven einlud. Der gefeierte Violinvirtuose bringt bei uns in diesem Jahr ein selten schönes Programm, das seiner musikalischen und virtuosen, phänomenalen Eigenart ganz besonders entspricht. Auf besonderen Wunsch des Künstlers wird auch diesmal wieder Franz Holthe, der junge Karlsruher Klaviervirtuose und ehemalige Schüler Edwin Fischer's, sein Partner sein. Der Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81 (linke Saalhälfte) und in der Buchhandlung Bielefeld, am Marktplatz, ist in vollem Gange.

Lichtspielhäuser

„Eine von uns" im Pa-Li

Das Bestreben, die Sehnsucht der jungen Stenotypistin ist, tüchtig zu sein und zu bleiben. Wenigen wird, wie dieser, das Glück einiger Tausender beschieden sein, die ihr so unerhofft in den Schoß fallen und bei dem Zug nach der richtigen Mutter selbstverständlich doch nur den zweiten Grad der Wichtigkeit erlangen. Wenn man unehelich geboren wurde und bei fremden Leuten ein Zu-Hause hatte, das einem lieb und wert geworden ist, und plötzlich mit einer Ueberweisungsbotschaft der Bank erfährt, daß man doch nur an Kindes statt gehalten wird, bedeutet dies einen schweren Schlag für ein junges Mädel, noch mehr, nachdem sich die richtige Mutter als leichtfertige Halbweltdame entpuppt. Verabscheuungswürdig eine Mutter wie diese, welche ihr Kind durch Geld abspeisen will, um es los zu haben und der Last als Maiträße eines reichen Bankiers ledig zu werden. Wie wenig bedeutet doch Geld gegen ein Heim, wieviel weniger gegenüber einer Mutter! Hat man keine, dann erst wird einem gewahr, wie wertvoll ein Mütterchen zu schätzen ist. „Man kann doch nicht immer ins Blaue stolpern, einmal muß man doch wissen, wo man zu Hause ist!", legte man der Hauptdarstellerin in den Mund. Aber wir sind noch im Film. Wie könnte es auch anders sein. Sehr schön, daß im Widerstreit zwischen Liebe und Mutterpflicht Naturbestimmung die Oberhand behält; sonderbar: mit einem 10-Zylinder-Wagen beginnt die Fahrt ins Glück! O Filmwelt! „Eine von uns" mit Brigitte Helm in der Hauptrolle des Titels, das Ideal des heutigen Sportmädels, ein ganzer Kerl, der das Leben meistert, rührend wenn sie Kinder sieht. Leichter dürfte Gustav Dießls Schriftsteller sein. — Außer der aktuellen Wochenschau läuft ein für uns heutige Menschen vergnüglicher Streifen aus der Kindheit des Kinos nebst einem Kulturfilm aus einem Lande, wo man noch die Blaue Blume finden kann: Heidel Land eines Hermann Löns.

Schwerer Diebstahl im Münster in Säckingen

* **Säckingen**, 24. Okt. In der Nacht zum Sonntag sind unkannte Täter in das Münster von Säckingen eingedrungen und haben Altertümer von großem Wert geraubt. Die Sakristei des Münsters enthält Reliquien, die in der ganzen katholischen Welt in höchster Verehrung stehen. Geraubt wurden u. a. das Meßgewand des heiligen Fridolin, das mit Juwelen besetzte Messer des Heiligen, das Kreuz der Königin Agnes, der Gemahlin Albrechts I., sowie eine silberne Kassette mit Barockornamenten.

Die Täter haben sich wahrscheinlich am Samstag nach der Abendandacht in das Münster einschließen lassen. Der Einbruch wurde kurz vor der Sonntagsfrühmesse entdeckt. Nach den Tätern, von denen bisher jede Spur fehlt, wird gefahndet. Sämtliche europäischen Polizeibehörden sind durch Polizeifunk von dem Einbruch verständigt worden. Die geraubten Gegenstände haben einen ideellen Wert von über **einer Million Reichsmark.** Man vermutet, daß die Täter dieselben sind, die vor kurzem die Einbrüche in das Prager Nationalmuseum und in das Zittauer Stadtmuseum begangen haben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetteraussichten für Dienstag, 25. Oktober: Fortdauer des meist wolkigen und milden Wetters mit zeitweiligen Regenfällen und lebhaften Westwinden.

Aus der Stadt Durlach

Oeffentliche Wahlkundgebung

Am kommenden Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Lamm" eine Wahlkundgeung, veranstaltet von der sozialdemokratischen Frauensektion, statt. Genossin Wehner-Mannheim spricht über: „Umbau der Wirtschaft — Sozialistische Ordnung — Republik und Demokratie." Der Eintritt in die Versammlung ist frei. Die Wählerinnen und Wähler von Durlach und Aue sind zu dieser Kundgebung freundlichst eingeladen. Wir bitten unsere Partei- und Gewerkschaftsfreunde, wie auch alle unsere Kulturorganisationen, für einen guten Besuch werben zu wollen, um so mehr, da die Parteileitung mit dieser Wahlkundgebung den Reichstagswahlkampf eröffnet.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe.

Lassallia. Morgen Dienstag, den 25. Oktober, pünktlich 8 Uhr, ist **Singstunde.** 5419 Die Verwaltung.

AADGB. Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. Heute Montag abend halb 8 Uhr spricht im Volkshaus Genosse **Reichel**-Berlin, Mitglied des vorletzten Reichswirtschaftsrates über „Gewerkschaften und Reichstagswahl". Außer den Kartelldelegierten sind sämtliche Funktionäre und Betriebsräte, die der SPD. angehören, eingeladen. Vollzähliges Erscheinen erwartet. 5414 Der Vorstand.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Am Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der „Gambrinushalle" eine Versammlung in Verbindung der Eisernen Front und des Reichsbanners statt. Alles hat zu erscheinen. Genosse Koch spricht über die bevorstehende Reichstagswahl.

Bezirk Weststadt

Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, bei Genosse Karl Grupp „Zum Rebstock", Nebenzimmer (Ecke Uhlandstraße und Kaiserallee) Sitzung der Bezirksleitung und Straßenobleute betreffs bevorstehender Reichstagswahl. Keiner darf fehlen, da kein Trinkzwang.

Wasserstand des Rheins

Basel 62; Waldshut 214; Rheinweiler —195; Kehl 218; Maxau 374; Mannheim 283 Zentimeter.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

VB. 6

Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinsheim des Arbeiter-Fußballvereins, Durmersheimer Straße. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Badisches Landestheater Karlsruhe

„Der Ring des Nibelungen"

Der 4 Abende umfassende Zyklus ist bei der ersten Wiedergabe unter die Abteilungen C, D, F und G verteilt und zur Aufführung an folgenden Tagen festgesetzt:

Dienstag, den 1. November 1932 C 6 „Rheingold"
Donnerstag, den 3. November 1932, D 7 „Walküre"
Samstag, den 5. November 1932, G 6 „Siegfried"
Sonntag, den 13. November 1932, F 8 „Götterdämmerung"

Tagespreis: Sperrsitz I. Abt. RM. 5.70 usw.

Die Platzmieter der betreffenden Vorstellungen, die noch Karten für die 3 fehlenden Abende erwerben, erhalten auf diese Karten einen Preisnachlaß von 25 % auf die Tagespreise. Die gleiche Preisermäßigung für den ganzen Zyklus (4 Abende) genießen die Platzmieter der Abteilung A, B und E, sowie die sonstigen Besucher zu nachgenannten Preisen:

Für 3 Vorstellungen:
RM. 12.— 10.50 9.30 9.30 8.10 6.90 6.—

Für 4 Vorstellungen:
RM. 16.— 14.— 12.40 12.40 10.80 9.20 8.— 6.— 4.80.

Die Ausgabe der ermäßigten Karten zum Ring-Zyklus erfolgt

a) für die Mietabteilungen C, D, F und G am

Dienstag, den 25. Oktober 1932

b) für die Mietabteilungen A, B und E sowie für das übrige Publikum am

Mittwoch, den 26. Oktober 1932

jeweils vormittags 9½-1 Uhr und nachmittags 15½-17 Uhr an der Tageskasse des Landestheaters.

Nach der ersten Vorstellung sowie für einzelne Vorstellungen wird ein Preisnachlaß nicht mehr gewährt.

Allgemeiner Vorverkauf für den ganzen Zyklus ab Donnerstag, den 27. Oktober, vormittags 9½ Uhr, an der Tageskasse des Landestheaters. 1188

Todes-Anzeige

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber unvergeßlicher Sohn und Bruder, Gatte und Schwager

Franz Kränkel

Schiffsführer

im Alter von 28 Jahren durch einen Unglücksfall aus dem Leben geschieden ist.

Karlsruhe-Oberhausen (Rheinl.), den 22. Oktober 1932 5418

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Franz Kränkel, Städt. Straßenbahnschaffner
Frau Rosa Kränkel Wwe. geb. Hennen nebst Kind
und **Familie Wütterich**

Die Beerdigung hat in Straßburg in aller Stille stattgefunden.

Motorradfahrer-Abteilung „Solidarität" Karlsruhe

Wir geben unsern Mitgliedern die traurige Nachricht von dem plötzlichen Tode unseres langjährigen, treuen Mitgliedes 5421

Heinrich Ludwig

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. ds. Mts., nachmittags ½5 Uhr in Karlsruhe-Rüppurr statt und bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Die Abteilungsleitung.

Bürgersteuer.

Nachstehend veröffentliche ich die Gemeindesatzung über die vom 1. Januar 1933 ab zur Erhebung gelangende Bürgersteuer in der Stadt Karlsruhe.

Der Herr Minister des Innern hat der Satzung unterm 20. Oktober 1932 die staatliche Genehmigung erteilt.

Wegen der für das Kalenderjahr 1933 zu erhebenden Bürgersteuer ergeht rechtzeitig besondere Bekanntmachung der Stadthauptkasse.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1932.

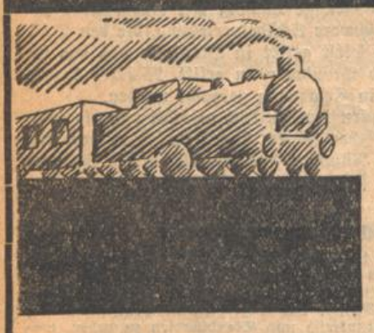
Der Oberbürgermeister.

Gemeindesatzung über die Erhebung der Bürgersteuer vom 1. Januar 1933 ab.

Vom 1. Januar 1933 ab wird die Bürgersteuer mit 600 v. H. des Landessatzes erhoben (§ 5 der Bürgersteuerverordnung 1933, Reichsgesetzblatt I S. 449).

Karlsruhe, den 13 Oktober 1932. 1189

Der Oberbürgermeister.



Nr. 36

Rheinexpreß?

Natürlich kennen Sie ihn. Für 10 Pfg. unterrichtet er Sie — schnell, wie sein Name sagt — über die wichtigsten Ereignisse der Woche. Sein Bilderdienst ist hervorragend, der Textteil aktuell, spannend, zeitgemäß. Der Inhalt

Für's römische Dritte Reich — Kämpft mit uns — Umschau — Blöde Parole der KPD. — Hochzeitsrummel in Koburg — Der unheimliche Gast — Bilder der Woche — Paradies und Hölle in Afrika — Ultrallicht gegen Schmuggler — Mensch, Mensch, wo bist du? — Das Erkältungskind macht Sorgen — Glück und Ende einer Fabrikantengeneration — Das sibirische Cayenne — Sozialisten in Schweden — Der Depp — Götz von Berlichingen in Hinterdimpfling — Die weiße Rose — Italien von unten — Arbeit daheim — Kinderland.

Bezug durch

Volksfreund-Buchhandlung

Waldstraße 28 und Filialleiter des Volksfreund

Es haben sich Tausende

Reste u. Abschnitte

aller Art angesammelt.
Die verkaufen wir
diese Woche

noch billiger

Unsere Weihnachts-Ausstellung

»Messerummel in der Spielzeugstadt«

in der 3. Etage **ist eröffnet!**

In unserer Bücher-Abteilung

Die Wiskottens von Rudolf Herzog
Der Wetterwart von J. C. Heer

Vollständige Ausgaben in neuartig, wundervoller Ausstattung. Jeder Band (Originalpreis 5.80) jetzt nur **2.85**

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Badisches Landestheater
Montag, 24. Okt.
Die Räuber
Trauerspiel von Schiller
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Ehrhardt, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Hierl, Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Kuhr
Anfang **19.30** Uhr
Ende gegen 23 Uhr
Preise B (0.60—3.90 ℳ)
1187
Die. 25. 10. Neu einstudiert: Eine Nacht in Venedig. Mi. 26. 10. Die ägyptische Helena. Do. 27. 10. Schneider Wibbel. Fr. 28. 10. Eine Nacht in Venedig. Sa. 29. 10. Uraufführung: Ich suche die Erde. So. 30. 10. Nachmittags Margarethe. Abends: Figaros Hochzeit. Im Konzerthaus: Liebling adieu.

Schlafzimmer 290.—
eiche mit Nußbaummitteltür, Schrank dreitür mit Weißzeugfach, 1 Waschkommode mit echtem ital. Marmor dazu 2 Nachttische, 2 Bettstellen, 2 Stühle. Das Zimmer ist besonders schwer verarbeitet und voll gesperrt. Wer sich für wenig Geld ein Schlafzimmer in moderner Ausführung anschaffen will zu dem kaum glaublichen Preis von RM. **290** komme sofort. Kaufen Sie beim Fachmann. 5417
Karl Künzler, Waldstraße 8.

Ueber 100 gut erhaltene
Maß-Anzüge Mäntel, Überz.
v. 10 ℳ an in all. Gr. u. Farben, sow. Gehrock-, Smoking- u. Cutawayanzüge, Hosen, Joppen, neu u. gebraucht, sowie Gelegenheitspost. neue, Ia Qualität.
Anzüge u. Mäntel
staunend billig.
Zähringerstr. 53a, II

Wer würde einer arm. Familie einen getragenen Anzug u. Kinderwäsche spenden. Adresse zu erfragen unt. H 1918 im Volksfreund.

Wer **schenkt** dem Jungen arbeitsloser Eltern ein gebr. Schaukelpferd? Zu erfrag. unt. P 1929 im Volksfreund.

Photo-Apparat 6×9 gut erhalten, billig zu verkaufen. **Schölch,** Karlstraße 5, III

Aquarium, Inhalt ca. 40 Liter (auch heizbar) billig zu verkaufen **Durlach,** Ettlinger Straße 77. H1925

Schrankgrammophon, gut erh., zu verkaufen **Promenadehaus** Kaiser-Allee 13. S1924

Gasbackherd, Gasherd Kinderwagen Umstände halber billig zu verk. **Daxlanden,** Turnerstraße 41, I. links

Piano
wunderbar erhalten, zum Spottpreis von **RM. 320.—** bei **Stöhr,** Pianofabrik, Ritterstraße 30

Verloren! Lieferschein-buch von Wilhelmstr. bis Augartenstr. Zur Walhalla. Abzugeben gegen Belohnung Wilhelmstraße 53.

Küchen
von 79 ℳ, **Büfetts** 58 ℳ
Fürniß Zähringerstraße 77, hinter Geschw. Knobl

Rastatter Anzeigen

Volksküche.

Der Betrieb der städt. Volksküche wird am

Donnerstag, den 3. November ds. Js.

in den bisherigen Räumen wieder eröffnet. Tägliche Essenszeit von 11—13 Uhr mittags. An Sonn- und Feiertagen bleibt die Küche geschlossen. Die Preise sind pro Portion:

40 Pfg. für Selbstzahler,
20 Pfg. für Sozial- und Kleinrentner,
10 Pfg. für Alu-Empfänger.

Anmeldungen werden am Montag, den 31. Oktober ds. Js., von 10—12 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags, in der Volksküche entgegengenommen. Nur wer sich vorher gemeldet hat, kann auf die Abgabe von Essen rechnen.

Rastatt, den 21 Oktober 1932 1191

Der Oberbürgermeister.

Der kluge Kaufmann muß alles wissen!

Besonders muß er wissen, daß mit dem Volksfreund die Garantie gegeben ist, restlos große Verbrauchermassen zu erfassen. Das bietet in vollster Gewähr der Volksfreund die republikanische Tageszeitung.